330.943
B395v

BOOK 330.943.B395V c.1
BEHNSEN # VALUTA-ELEND UND
FRIEDENSVERTRAG

3 9153 00090230 6

Digitized by the Internet Archive
in 2013

http://archive.org/details/valutaelendundfr00behn

167

Valuta-Elend
und
Friedens-Vertrag

Von

Dr. H. Behnsen

und

Dr. W. Genzmer

Verlag von Felix Meiner in Leipzig

Preis 5.50 Mark
1.50 frcs. (Schweiz) — 75 cents (Holland) — 1.20 Kronen (Schweden)
1/3 sh (England) — 25 cents (Amerika) — 3 frcs. (Frankreich)

Wie unterrichtet man sich über die jüngste Vergangenheit?

Wie stellt man den tatsächlichen Gang der dem Gedächtnis so schnell entschwindenden Ereignisse fest?

Wo findet man die Daten aller politisch wichtigen Geschehnisse gewissenhaft verzeichnet?

Wer gibt genaueste Auskunft über den Wortlaut diplom. Noten, Regierungserklärungen und Parteiaufrufe?

Wohin wendet man sich, um sich über den Verlauf früherer Parlamentsverhandlungen zu wieder aktuell werdenden Fragen zu unterrichten?

Wer registriert und verarbeitet die bedeutenderen Pressestimmen des Auslandes über die deutschen Ereignisse?

Wo findet man eine zusammenhängende, verständliche und objektive Schilderung der Vorgänge im Ausland?

Wie verschafft man sich ein zuverlässiges, übersichtliches Nachschlage- und Registerwerk für alle Fragen von politischer Bedeutung?

Alles das und noch viel mehr bietet der

Deutsche Geschichtskalender

Er erscheint seit 1885, ist in der Fachwelt als reichhaltigstes, unparteilichstes und zuverlässigstes Nachschlagewerk bekannt und ist dennoch nicht so tief in alle politisch interessierten Kreise eingedrungen, wie er es verdient.

Der Kriegsausgang hat dem Deutschen seinen Mangel an politischer Schulung, an weltpolitischer Anteilnahme und an weltpolitischem Überblick zum Bewußtsein gebracht. Tausende bemühen sich jetzt um die Vertiefung ihrer politischen Bildung. Ihnen allen wird hier ein unbezahlbares Hilfsmittel geboten. Kein **Politiker, Tagesschriftsteller,** kein **Wirtschaftsverband** und kein **Gewerkschaftssekretariat** kann ohne dies Werk auskommen; jede **Bibliothek** ist unvollständig, jedes **Parteisekretariat** betreibt Zeit- und Kraftverschwendung, wenn es auf dieses Hilfsmittel verzichtet.

Als neueste Bände liegen vor:

Der Europäische Krieg in aktenmäßiger Darstellung. Juli 1914 bis Sept. 1918 in 13 Bänden über 10500 S. (Okt.—Dez. im Druck). Preis geb. M. 508,—.

Die deutsche Revolution. 1. Band: November 1918 bis Februar 1919. Preis geb. M. 40,—.

Die deutsche Reichsverfassung in ihrer Entstehung. Preis geb. M. 26,—.

Vom Waffenstillstand zum Frieden von Versailles. Preis geb. M. 50,—.

Verlag von Felix Meiner in Leipzig

HG
286.3
.B38
192

Valuta-Elend und Friedensvertrag

Von

Dr. Henry Behnsen und Dr. Werner Genzmer

Leipzig 1921
Verlag von Felix Meiner

330.943
B395v

Copyright 1920 by Felix Meiner in Leipzig

Vorwort.

Die vorliegende Schrift „Valuta-Elend und Friedensvertrag" ist entstanden aus einem Referat, das der Linksunterzeichnete am 8. Juni 1920 in dem Unterausschuß für Ein- und Ausfuhr der Reichswirtschaftsstelle für Wolle gehalten hat und das bei den Mitgliedern des Unterausschusses den Gedanken wach rief, den Inhalt des Referats durch Drucklegung weiteren Kreisen bekanntzumachen. Noch vor dem erwähnten Referat sind die Grundgedanken der vorliegenden Schrift bereits niedergelegt worden in einer Denkschrift über die Einwirkung des Friedensvertrages auf die deutsche Zahlungsbilanz, die der Verein Deutscher Wollkämmer und Kammgarnspinner im Juni 1919, also noch vor Abschluß des Friedensvertrages, den zuständigen Behörden und den wirtschaftlichen Interessenvertretungen überreicht hat. Inzwischen ist der Friedensvertrag unterzeichnet und ratifiziert worden. Zwar ist die Unterzeichnung unter Protest erfolgt mit dem Hinweis darauf, daß es sich um einen unerfüllbaren Gewaltfrieden handelt, dennoch sind die Bedingungen des Vertrages bis jetzt Schritt für Schritt erfüllt worden. Mit eignen Händen hat das deutsche Volk die militärischen Wehrmittel seines Landheeres und seiner Kriegsmarine bis auf gänzlich wertlose Reste vernichtet oder abgeliefert und seine Festungen geschleift. Von deutschen Besatzungen sind die für den Überseedienst geeigneten Schiffe der deutschen Handelsflotte eines nach dem andern zur Ablieferung nach England überführt worden. Tag und Nacht fahren infolge des Kohlenabkommens von Spa endlose Züge mit Kohlen, und auf Grund des Vertrages von Versailles ungezählte Eisenbahnzüge mit Baumaterial, Chemikalien, Vieh, Heeresmaterial usw. über die französische und die belgische Grenze. — Obwohl so von Tag zu Tag der deutschen Volkswirtschaft immer weitere Kräfte entzogen und der deutschen Finanzwirtschaft immer größere Lasten aufgebürdet werden,

verhält sich die deutsche Öffentlichkeit den Bedingungen von Versailles gegenüber gleichgültig. Man erkennt zwar, daß die Friedensbedingungen an das deutsche Volk Anforderungen stellen, die über menschliche Leistungsfähigkeit weit hinausgehen. Dennoch hält man in dem blinden Vertrauen auf die so oft bewiesene, ans Wunderbare grenzende Kraft des deutschen Volkes einen Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft für möglich, ohne zu bedenken, welche Not dieser mehr gefühlsmäßige Optimismus bisher schon über das deutsche Volk gebracht hat, und welche große Gefahr darin liegt, auch noch die letzten wirtschaftlichen Kräfte Deutschlands auf ein unerreichbares Ziel anzusetzen.

Die vorliegende Schrift stellt sich die Aufgabe, die Wirkungen des Vertrages von Versailles auf die deutsche Volkswirtschaft, insbesondere auf den deutschen Außenhandel, die deutsche Zahlungsbilanz, die Reichsfinanzen und damit auch auf die Bewertung der Mark im Auslande und ihre Kaufkraft im Inlande im Anschluß an authentische Zahlen so weit wie möglich ziffernmäßig darzustellen und in ihren Folgen für die Zukunft zu untersuchen. Soweit notgedrungen Schätzungen vorgenommen werden mußten, ist dies mit dem Bestreben geschehen, die Lage eher günstiger als zu ungünstig darzustellen.

Zweck der Schrift ist, gegenüber der bisher mehr gefühlsmäßigen und meist optimistischen Beurteilung des Friedensvertrages weiteren Kreisen die Notwendigkeit einer klaren, ja nüchtern kaufmännischen Betrachtung unserer Wirtschaftslage vor Augen zu führen. Hierin erblicken wir die Vorbedingung zur Rettung aus der Wirtschaftsnot und dem Valutaelend, die der Vertrag von Versailles über Deutschland gebracht hat. Unsere Schrift wendet sich deshalb an alle Kreise des deutschen Volkes, an die Arbeiter ebenso wie an die Unternehmer und darüber hinaus an alle, die sich über Deutschlands wirtschaftliche Zukunft Gedanken machen.

Berlin, im September 1920.

Dr. H. Behnsen. **Dr. W. Genzmer.**

Die Bewertung unserer Valuta im Auslande hängt von drei Faktoren ab, und zwar

1. von der Zahlungsbilanz,
2. von dem Vertrauen, welches das Ausland unserer politischen und wirtschaftlichen Lage und ihrer weiteren Entwickelung entgegenbringt und von den damit zusammenhängenden Valuta-Spekulationen des Auslandes und des Inlandes,
3. von der Kaufkraft der Mark im Inlande.

Um zu einem Urteil darüber zu gelangen, wie der Vertrag von Versailles auf die deutsche Zahlungsbilanz und die deutsche Valuta wirkt, werden wir zunächst versuchen, einen ziffernmäßigen Anhalt dafür zu finden, wie sich die deutsche Zahlungsbilanz, d. h. die **Gesamtheit der Forderungen und der Verpflichtungen Deutschlands an das Ausland**, aus dem letzten Jahre vor dem Kriege infolge des Friedensvertrages verändert. Stellt sich dabei heraus, daß die deutsche Zahlungsbilanz durch den Vertrag von Versailles auf Jahre hinaus stark passiv wird, so ist auf eine Besserung der deutschen Valuta in dem für die Gesundung der Volkswirtschaft notwendigen Maße nicht zu hoffen, weil unter der Passivität der Zahlungsbilanz auch das Vertrauen des Auslandes und die Kaufkraft der Mark im Inlande leiden müssen.

Die Zahlungsbilanz ergibt sich zum überwiegenden Teile aus den internationalen Forderungen und Verpflichtungen Deutschlands, die aus seinem **Warenverkehr** mit dem Auslande entstehen und in dem engeren Begriff der **Handelsbilanz** zusammengefaßt werden. —

Über die Handelsbilanz hinaus kommen im weiteren Rahmen der Zahlungsbilanz noch in Betracht:

1. Deutschlands Geldverkehr, der sich aus den Einkünften aus im Auslande angelegtem deutschen Kapital ergibt;

2. der Geldverkehr aus Zinsforderungen und Zinsschulden;

3. der Geldverkehr aus Forderungen für Seetransporte deutscher Schiffe für ausländische Rechnung und aus Verpflichtungen Deutschlands an das Ausland für entsprechende Leistungen fremder Handelsflotten für deutsche Rechnung;

4. der Geldverkehr aus Forderungen aus unserem für ausländische Rechnung betriebenen Eisenbahn-, Transit-, Post-, Telegraphen- (Kabel) und Vermittelungsverkehr, aus den deutschen Verpflichtungen für entsprechende Leistungen des Auslandes sowie aus einer Reihe von verschiedenen Forderungen und Verpflichtungen an das Ausland, die sich aus dem Reiseverkehr und aus wechselseitigen Lohnersparnissen, Pensionen, Erbschaften, Legaten usw. ergeben.

I.

Die deutsche Zahlungsbilanz von 1913.

Vor dem Kriege war Deutschlands Handelsbilanz um nahezu 1 Milliarde Goldmark passiv, d. h. der Wert der Wareneinfuhr (einschließlich der Goldeinfuhr) übertraf im Jahre 1913 um etwa eine Milliarde Goldmark den Wert der Warenausfuhr.

Die Passivität der Handelsbilanz wurde jedoch vor dem Kriege durch Mehrforderungen im weiteren Rahmen der Zahlungsbilanz derart ausgeglichen, daß man von einer aktiven Zahlungsbilanz Deutschlands vor dem Kriege sprechen kann. Deutschlands Mehrforderungen an das Ausland ermöglichten ihm nämlich jährlich die Neuanlage erheblicher Summen deutschen Kapitals im Auslande und führten weiter dazu, daß das Ausland im Jahre 1913 für 314 Millionen Mark mehr Gold nach Deutschland einführte, als Deutschland seinerseits an Gold ausführte.

Die deutsche Zahlungsbilanz erreichte im Jahre 1913 ungefähr die Höhe von 12,6 Milliarden Goldmark und stellte sich im einzelnen etwa folgendermaßen dar:

Deutsche Zahlungsbilanz von 1913
in Millionen Goldmark.

A. Ausgaben und Einnahmen aus dem Warenverkehr (Handelsbilanz).

Soll		Haben	
Wareneinfuhr . . .	11 719	Warenausfuhr . . .	10 932
(Goldeinfuhr)	377	(Goldausfuhr) . . .	63
	12 096		10 995

B. Ausgaben und Einnahmen im weiteren Rahmen der Zahlungsbilanz.

		1. Einkünfte aus im Auslande angelegtem deutschen Kapital ca.	500
		2. Zinsen aus ausländischen Wertpapieren in deutschem Besitz ca. .	725
		3a. Gewinne aus deutschen Seeschiffstransporten für ausländische Rechnung ca. . .	375
3b. Zahlungen an das Ausland für Seetransporte auf ausländischen Schiffen ca.	450		
4. Zahlungen an das Ausland aus den unter 1 u. 2 angeführten Gründen ca.	50		
rund	12,6	rund	12,6
Milliarden Goldmark.		Milliarden Goldmark.	

Zu dem unter B 1 angegebenen Wert von 500 Millionen Goldmark für Einkünfte aus deutschem im Auslande angelegten Kapital ist folgendes zu bemerken:

Sombart gibt in der neuesten Auflage seines Buches „Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert" den Wert des deutschen Kapitals im Auslande mit 8 bis 10 Milliarden Goldmark an. Wir haben entsprechend der oberen Schätzungsgrenze 5% Zinsen von 10 Milliarden Goldmark, d. h. also 500 Millionen Goldmark, als Einnahme aus deutschem Kapital im Auslande in die Zahlungsbilanz von 1913 eingesetzt.

Die **unter B 2** angegebenen 725 Millionen Goldmark an Zinsen von ausländischen Wertpapieren in deutschem Besitz gründen sich ebenfalls auf eine Schätzung Sombarts, der in der genannten Schrift den Gesamtwert der ausländischen Wertpapiere in deutschem Besitz mit 14 bis 15 Milliarden Goldmark angibt. — Da sich unter diesen Wertpapieren sowohl Industrie- wie auch Staats-Papiere befinden und die ausländischen Staatspapiere in der Regel höher verzinslich gewesen sind als die deutschen, so haben wir eine durchschnittliche Verzinsung von 5% angenommen. Das ergibt von 14½ Milliarden Goldmark einen jährlichen Zins von 725 Millionen Goldmark.

Zu B 3 a: Von sachverständiger Seite werden die Brutto-Einnahmen der deutschen Überseе-Handelsflotte vor dem Kriege auf 900 Millionen Goldmark und die Netto-Einnahmen auf 600 Millionen Goldmark jährlich geschätzt. Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß unsere Handelsschiffe im Auslande für Kohlen, Proviant, Hafengebühren usw. Aufwendungen hatten, nehmen wir die für die Zahlungsbilanz in Betracht kommenden Einnahmen auf 750 Millionen Goldmark an. Da die deutsche Überseeflotte etwa zur Hälfte für ausländische Rechnung gefahren ist, so haben wir ihre Einnahmen aus dem Auslandsgeschäft mit 375 Millionen Goldmark angesetzt.

Unter B 3 b haben wir die deutschen Zahlungen an das Ausland für Seetransporte mit 450 Millionen Goldmark, d. h. 75 Millionen Goldmark höher als die deutschen Einnahmen aus Seetransporten berechnet. Wir sind dabei von dem Ge-

danken ausgegangen, daß Deutschland vor dem Kriege etwa 10% über seinen eigenen überseeischen Frachtraum hinaus fremde Handelsflotten in Anspruch nehmen mußte.

Unter B 4 sind Deutschlands Zahlungsverpflichtungen an das Ausland, die den unter B 1 und B 2 angeführten deutschen Forderungen entsprechen, mit 50 Millionen Goldmark eingesetzt. Diese Ziffer erscheint ausreichend, da angenommen wird, daß der Besitz des Auslandes an deutschen Wertpapieren und sonstigen Kapitalsanlagen in Deutschland vor dem Kriege nur etwa 1 Milliarde Goldmark wert gewesen ist.

Die Zahlungsforderungen und Zahlungsverpflichtungen aus dem Eisenbahn-, Transit-, Telegraphen- und Vermittelungsverkehr sowie aus dem Reiseverkehr, aus Lohnersparnissen, Pensionen usw. haben wir in unserer Zahlungsbilanz nicht aufgeführt, da angenommen wird, daß sie sich gegenseitig ausgeglichen haben, und über ihre Höhe zuverlässige Schätzungen nicht vorliegen.

II.

Die deutsche Handelsbilanz von 1913 unter der Einwirkung des Vertrages von Versailles.

Um zu einem klaren Bilde von der künftigen Entwickelung der deutschen Handelsbilanz zu kommen, legen wir unserer Untersuchung die deutsche Handelsbilanz von 1913 zugrunde und gehen dabei von der Annahme aus, **Deutschland** habe sich **im Jahre 1913** angesichts der Übermacht seiner Feinde **ohne Kampf** den Bedingungen **unterworfen,** die später im Vertrage von Versailles niedergelegt worden sind. Deutschland verfüge infolgedessen nach Abtretung der im Westen, Norden und Osten von seinen Gegnern geforderten Gebiete innerhalb seiner verengerten Grenzen über seine **unverminderten wirtschaftlichen Kräfte.** Es habe keine Verluste an Volkskraft erlitten und sei ausreichend mit Nahrungsmitteln versehen, sein landwirtschaftlicher Boden sei unverbraucht und seine Industrie sei mit Rohstoffen und Kohlen gut versorgt und arbeite voll.

Wie verändert sich unter dieser Voraussetzung die deutsche Handelsbilanz von 1913 durch die Bedingungen des Vertrages von Versailles? — Bei der Beantwortung dieser Frage sehen wir zunächst von der Kriegsentschädigung ab und suchen die Verluste abzuschätzen, welche die Abtretung von Gebietsteilen des deutschen Reiches, der Verlust der Kolonien und die Zwangslieferungen an die Entente für die deutsche Handelsbilanz von 1913 zur Folge haben müssen.

Im folgenden Abschnitt III werden wir dann untersuchen, wie darüber hinaus die Liquidation deutschen Eigentums im Auslande, der Verlust ausländischer Wertpapiere aus deutschem Besitz, der Verlust der deutschen Handelsflotte und andere wirtschaftliche Bestimmungen des Vertrages von Versailles auf die deutsche **Zahlungsbilanz** von 1913 einwirken.

A. Einwirkung der Gebietsverluste auf die deutsche Handelsbilanz von 1913.

Deutschland verliert durch den Vertrag von Versailles große Teile seines europäischen Staatsgebietes und seine sämtlichen Kolonien. Außerdem soll es seinen Gegnern große Mengen von industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen liefern, ohne dafür Zahlung zu erhalten.

Auf Grund des Vertrages von Versailles hat Deutschland **ohne Volksabstimmung** im Westen .... Elsaß-Lothringen an Frankreich und Eupen-Malmedy an Belgien, im Osten .... Posen, Westpreußen links der Weichsel und Teile Schlesiens an Polen und Memel zur Verfügung des Völkerbundes abzutreten. Saarbrücken kommt zunächst auf 15 Jahre unter Verwaltung des Völkerbundes, und Danzig mit seiner Umgebung scheidet als Freistaat aus dem Verbande des Deutschen Reiches aus.

So wird Deutschland im Osten gegenüber Polen auf die Grenzen von 1648 und im Westen gegenüber Frankreich auf die Grenzen nach den Raubkriegen Ludwigs XIV. zurückgedrängt. Nach dem 30jährigen Kriege war Deutschlands Bevölkerung auf ⅓ zurückgegangen und der Rest konnte sich auf dem Deutschland nach dem Friedensschluß verbliebenen Boden ausreichend

ernähren und kleiden. Durch den Vertrag von Versailles verliert Deutschland heute im Osten landwirtschaftliche und im Westen industrielle Überschuß-Gebiete. Es ist deshalb unmöglich, daß die deutsche Bevölkerung sich in dem verkleinerten Deutschland künftig wie vor dem Kriege ernähren und kleiden kann.

Abgesehen von den Gebieten, über die durch Volksabstimmung entschieden werden soll, verliert das Deutsche Reich durch den Vertrag von Versailles 77 500 qm = 14,4% seines Gebietes mit 8,2 Millionen Menschen = 12,7% oder $^1/_8$ seiner Bevölkerung.

Die Folge dieser Gebietsverluste ist, daß der Warenverkehr von und nach den abgetretenen Gebieten, der bisher innerhalb der Reichsgrenzen stattfand, künftig international wird und demnach auf die deutsche Handelsbilanz und damit auf die Valuta einwirkt.

Für die Handelsbilanz eines Staates braucht der Verlust von Gebieten an sich noch nicht unbedingt eine Einbuße darzustellen. Es wäre denkbar, daß die abgetretenen Gebiete mehr Waren aus dem restlichen Deutschland bezogen, als dorthin geliefert hätten und daß infolgedessen nach Abtretung dieser Gebiete die Handelsbilanz bei im übrigen gleich bleibenden wirtschaftlichen Verhältnissen sich günstiger gestalten würde. Dieser günstige Fall trifft aber bei den im Vertrage von Versailles von Deutschland geforderten Gebietsabtretungen durchaus nicht zu. Erhebliche Überschußlieferungen dieser Gebiete müssen künftig in ausländischer Währung bezahlt werden und belasten also die deutsche Handelsbilanz. Außerdem aber sind die abgetretenen Gebiete an der deutschen Ausfuhr von wichtigen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnissen in größerem Maße beteiligt gewesen, als der Durchschnitt des übrigen Reichsgebietes.

Wir gehen im folgenden einige wesentliche Posten der deutschen Handelsbilanz durch, um festzustellen, ob und in welchem Maße durch die Gebietsverluste die Einfuhr der verschiedenen landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse größer und deren Ausfuhr geringer werden muß. Eine erschöpfende Behandlung aller Positionen der Handelsbilanz müssen wir uns

im Interesse übersichtlicher Kürze versagen. Da wir die Einwirkung auf die Ein- und Ausfuhr Deutschlands im Jahre 1913 untersuchen, so legen wir unseren Schätzungen die **Durchschnittswerte der Ein- und Ausfuhrstatistik von 1913 in Goldmark** zu Grunde:

a) Nahrungsmittel.

Der Anteil der von der Entente geforderten Gebiete an der Gesamterzeugung der deutschen Landwirtschaft vor dem Kriege beträgt in Weizen 14,7%, Roggen 21,7%, Gerste 22,3%, Hafer 15,9%, Kartoffeln 23%, Zuckerrüben 18,4%. Die Lieferungen aus den geforderten Gebieten nach dem restlichen Deutschland sind aber verhältnismäßig noch größer gewesen, als diese Sätze erkennen lassen, weil die im Osten verlorenen landwirtschaftlichen Gebiete erheblich dünner besiedelt sind als das übrige Deutsche Reich.

Im Reichswirtschaftsministerium ist zum Zwecke der öffentlichen Bewirtschaftung der Nahrungsmittel eine Statistik aufgestellt worden, in die uns in entgegenkommender Weise Einsicht gegeben worden ist. Aus dieser Statistik ist ersichtlich, welche Mengen von Nahrungsmitteln die laut Vertrag von Versailles abgetretenen Gebiete des Reiches im Osten und Westen auf Grund der landwirtschaftlichen Überproduktion der östlichen Gebiete während des Krieges in einem Jahre dem übrigen Deutschland geliefert haben. Wir haben diese Lieferungsmengen mit den Durchschnittswerten der Einfuhrstatistik von 1913 multipliziert und ihren Friedenswert nach sehr vorsichtiger Schätzung mit mindestens 400 Millionen Goldmark ermittelt. Diese Summe muß also Deutschland an das Ausland mehr bezahlen als im Jahre 1913, um sich die notwendigen Nahrungsmittel aus dem Auslande, zu dem ja jetzt auch die abgetretenen deutschen Gebiete zu rechnen sind, beschaffen zu können. Da Deutschland durch den Vertrag von Versailles aber ⅛ seiner Bevölkerung verliert und demgemäß der Einfuhrbedarf an Nahrungsmitteln kleiner wird, vermindert sich allerdings der Wert der notwendigen Einfuhr von Nahrungsmitteln (einschließlich Genußmitteln), der im Jahre 1913 insgesamt 3063 Millionen Goldmark betrug, eben-

falls. Obwohl die im Osten und Norden abgetretenen Gebiete an der Lebensmitteleinfuhr als landwirtschaftliche Überschußgebiete nicht ihrer Bevölkerungszahl entsprechend, sondern in geringerem Maße teilgenommen haben, setzen wir in Anbetracht des Nahrungsmittelbedarfs der im Westen abgetretenen Gebiete, ferner mit Rücksicht auf die deutschen Rückwanderer und endlich in dem Bestreben, die Verhältnisse eher etwas günstiger als zu ungünstig darzustellen, gleichwohl ⅛ der Nahrungsmitteleinfuhr = 383 Millionen Goldmark ab. Zieht man diese Summe, um welche die Handelsbilanz von 1913 auf der Passivseite entlastet wird, von den oben errechneten 400 Millionen Goldmark ab, so bleibt noch eine Mehrbelastung von 17 Millionen Goldmark übrig, die auf der Passivseite der Handelsbilanz von 1913 hinzuzuzählen sind:

+ 17 Millionen Goldmark.

Daß auch die **Ausfuhr** von Nahrungsmitteln sich durch den Verlust der landwirtschaftlichen Überschußgebiete erheblich verändern muß, liegt auf der Hand. — Die gesamte Ausfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln hatte im Jahre 1913 einen Wert von 1362 Millionen Goldmark; hiervon entfielen auf Genußmittel ungefähr 90 Millionen Goldmark, so daß der Gesamtwert der Ausfuhr von Nahrungsmitteln etwa 1272 Millionen Goldmark betragen hat. Nehmen wir an, daß an der Ausfuhr von Nahrungsmitteln die östlichen Überschußgebiete mit $^1/_5$ beteiligt waren, so ergibt sich daraus für die Zahlungsbilanz durch Verringerung der Ausfuhr um $^1/_5$ ein Verlust von 254 Millionen Goldmark, die von der Aktivseite der deutschen Handelsbilanz für das Jahr 1913 abzusetzen sind:

— 254 Millionen Goldmark.

Eine Mehrausfuhr, die dadurch entstehen könnte, daß die Nahrungsmittel, die vor dem Kriege aus dem übriggebliebenen Deutschland nach den abgetretenen Gebieten geliefert worden sind, künftig nach dem Auslande gehen, kommt nicht in Betracht, weil die östlichen Gebiete ihren Nahrungsmittelbedarf vollständig gedeckt haben und auch Elsaß-Lothringen nur einen verhältnismäßig geringen Teil von Nahrungsmittelzuschüssen aus dem

übriggebliebenen Deutschland empfing, dem andrerseits Gemüselieferungen aus dem Elsaß nach den badischen Industriestädten gegenüber gestanden haben.

b) Steinkohle.

Durch den Vertrag von Versailles verliert Deutschland von seiner Steinkohlenförderung, die vor dem Kriege 179 Millionen Tonnen jährlich betrug, im Saargebiet und in Elsaß-Lothringen 16 Millionen Tonnen. Die Einwirkung dieses Verlustes auf die deutsche Handelsbilanz betrachten wir, wie oben auseinandergesetzt, unter der Voraussetzung, daß der Vertrag von Versailles im Jahre 1913 in Kraft getreten sei und das deutsche Wirtschaftsleben sich noch in seiner alten ungeschwächten Kraft befinde. Die Überschußproduktion der im Westen abgetretenen Gebiete fehlt nach Inkrafttreten des Vertrages bei der Ausfuhr, die entsprechend zu verringern ist. Dieser Minderausfuhr steht aber eine Mehrausfuhr von Steinkohle gegenüber, da die Steinkohlelieferungen, die vor Inkrafttreten des Vertrages innerhalb Deutschlands nach den im Osten abgetretenen Gebieten erfolgt sind, nach Friedensschluß in das Ausland gehen und für die Handelsbilanz einen entsprechenden Aktivposten ausmachen. Da der Steinkohlenverbrauch der landwirtschaftlichen Gebiete im Osten verhältnismäßig klein gewesen ist, so nehmen wir an, daß die Mehrausfuhr nach dem Osten ungefähr ausgeglichen wird durch die Minderausfuhr, die sich aus dem Verlust der Steinkohlenförderung der im Westen abgetretenen Gebiete ergibt, und lassen demnach in der Handelsbilanz von 1913 den dort stehenden Aktivposten von 516 Millionen Goldmark für die Ausfuhr von Steinkohlen vorläufig unverändert stehen. Die erhebliche Verminderung dieses Aktivpostens durch die Zwangslieferungen von Steinkohle an die Entente werden wir später in einem besonderen Abschnitt über die Zwangslieferungen berücksichtigen.

Auch an der Einfuhr von Steinkohle ist unter den oben genannten Voraussetzungen keine wesentliche Änderung festzustellen. Für die Einfuhr englischer Steinkohle kommt von den

abgetretenen Gebieten eigentlich nur der Freistaat Danzig in Betracht. Was aber nach Danzig und von dort aus an englischer Steinkohle vor dem Kriege nach den jetzt an Polen abgetretenen industriearmen Gebieten weiter geliefert worden ist, kann wegen der verhältnismäßigen Geringfügigkeit wohl außer Betracht bleiben. Demnach lassen wir auch den in der Handelsbilanz von 1913 bestehenden Passivposten von 205 Millionen Goldmark für die Einfuhr von Steinkohlen unverändert.

Erheblich größere Veränderungen würde die Handelsbilanz zeigen, wenn Deutschland auch Oberschlesien nach einer ungünstigen Abstimmung verlieren würde. Betrug doch Oberschlesiens Steinkohlenförderung vor dem Kriege 41 Millionen Tonnen. Die Steinkohlenproduktion Oberschlesiens zusammen mit derjenigen des Saargebietes und Elsaß-Lothringens stellt also den dritten Teil der gesamten deutschen Steinkohlenförderung vor dem Kriege dar, und ihr Verlust würde jede Ausfuhr von Steinkohle von vornherein unmöglich machen.

c) Eisenerz.

Der Gesamtverbrauch der deutschen Industrie an Eisenerzen betrug im Jahre 1913 ungefähr 40 Millionen Tonnen. Hiervon wurden 21 Millionen Tonnen in Elsaß-Lothringen und 7½ Millionen Tonnen im übrigen Deutschland gefördert, während der Rest von ungefähr 11½ Millionen Tonnen aus dem Auslande eingeführt wurde. — Der Eigenverbrauch Elsaß-Lothringens und des Saargebietes an Eisenerzen betrug etwa ⅓ des gesamten deutschen Eisenerz-Verbrauches, das sind 13,3 Millionen Tonnen. Demnach wurden noch 7,7 Millionen Tonnen Eisenerze aus den abgetretenen Gebieten nach dem restlichen Deutschland geliefert. — Nach dem Verlust von Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet muß das verkleinerte Deutschland zur Versorgung seiner Eisenindustrie aus den abgetretenen Gebieten oder sonst aus dem Auslande noch 7,7 Millionen Tonnen Eisenerze mehr einführen als vorher. Hierdurch entsteht für die deutsche Handelsbilanz von 1913 ein neuer Passivposten von

+ 108 Millionen Goldmark,

der auf der linken Seite der Zahlungsbilanz einzutragen ist.

Der in der Handelsbilanz von 1913 für die Ausfuhr von Erzen bestehende geringe Aktivposten von 8 Millionen Goldmark bleibt unverändert stehen, da wir bei der Berechnung des Inlandsverbrauches die Ausfuhr von Anfang an aus der hierfür notwendigen Menge ausgeschieden haben.

d) Roheisen.

Die Ausfuhr von Roheisen hatte im Jahre 1913 einen Wert von 52 Millionen Goldmark. Eine nennenswerte Mehrausfuhr von Roheisen nach den im Osten und Westen abgetretenen Gebieten kann nicht in Frage kommen. Eher ist mit einer Mehreinfuhr aus den im Westen abgetretenen Gebieten nach dem übrigen Deutschland zu rechnen. Da die Einfuhr von Roheisen vor dem Kriege im Vergleich zur Ausfuhr verhältnismäßig gering war und im Jahre 1913 nur einen Wert von nicht ganz 11 Millionen Goldmark erreichte, so lassen wir diesen Passivposten in der Handelsbilanz unverändert bestehen.

e) Walzwerkerzeugnisse.

Die deutsche Walzwerkproduktion wird durch die Abtretung von Elsaß-Lothringen und dem Saargebiet um 17% vermindert. (Unter Einschluß von Oberschlesien würde der Verlust 25% betragen.) Demgemäß kann künftig auch nicht mit derselben Ausfuhr von Walzwerkerzeugnissen gerechnet werden wie vor dem Kriege. Die **Gesamtausfuhr** von Walzwerkerzeugnissen im Jahre 1913 im Werte von 603 Millionen Goldmark ist vielmehr zu vermindern **um** 17%. Auf der **Aktivseite** der deutschen Handelsbilanz von 1913 sind demgemäß **in Abzug** zu bringen — 103 Millionen Goldmark.

Eine Mehrausfuhr von Walzwerkerzeugnissen nach den abgetretenen Gebieten bringen wir nicht in Ansatz, da einmal die im Osten abgetretenen Provinzen infolge ihrer landwirtschaftlichen Struktur nur einen verhältnismäßig geringen Verbrauch an Walzwerkerzeugnissen gehabt haben und andererseits für die im Westen abgetretenen Gebiete keine Zufuhr, sondern im Gegenteil Überschußlieferungen nach dem übrigen Deutsch-

land in Frage kommen. Wir nehmen an, daß die durch Lieferungen nach dem Osten etwa entstehende Mehrausfuhr aufgehoben wird durch die aus den westlichen Überschußgebieten entstehende Mehreinfuhr, und bringen daher beides nicht besonders in Ansatz.

Da aus den angeführten Gründen die Beteiligung der im Westen und Osten abgetretenen Gebiete an der Einfuhr von Walzwerkerzeugnissen, die im Jahre 1913 einen Wert von 29 Millionen Goldmark erreicht hat, verhältnismäßig gering gewesen ist, so wird es ungefähr der Wirklichkeit entsprechen, wenn wir die Handelsbilanz von 1913 auf der Passivseite entlasten um — 3 Millionen Goldmark.

f) Halb- und Fertigfabrikate der Textilindustrie.

Besonders stark ist der Einfluß des Verlustes von Elsaß-Lothringen auf die Einfuhr und die Ausfuhr von Halb- und Fertigerzeugnissen der Textilindustrie. Da die elsässische Textilindustrie ungefähr vor dem Kriege mit 20% an der deutschen **Ausfuhr** von Textilerzeugnissen beteiligt war, so müssen auf **der Aktivseite** der deutschen Handelsbilanz von 1913 von dem Ausfuhrwerte der Textilerzeugnisse in Höhe von 1345 Millionen Goldmark 20% = 269 Millionen Goldmark abgezogen werden.

Diesen Verlusten an Ausfuhrwerten steht aber eine Mehrausfuhr gegenüber, die sich daraus ergibt, daß die vor Inkrafttreten des Friedensvertrages nach den im Osten abgetretenen Gebieten gelieferten Waren künftig nach dem Auslande gehen und wir deshalb für die Zahlungsbilanz einen Aktivposten gewinnen. Dabei ist jedoch zu bedenken, daß die deutsche Textilindustrie einen großen Teil ihres Absatzes in den an Polen abgetretenen Ostgebieten verlieren wird, und zwar deshalb, weil die Textilindustrie des Bezirkes von Lodz im Verhältnis zu dem gesamten Bedarf des künftigen polnischen Staates sehr groß ist. Polen wird infolgedessen die deutschen Textilerzeugnisse mit hohen Schutzzöllen von seinen Grenzen fernzuhalten versuchen. Nehmen wir immerhin

an, daß es nach Inkrafttreten des Vertrages von Versailles der deutschen Industrie noch gelingt, jährlich für etwa 140 Millionen Goldmark auf Grund der Friedenswerte Textilwaren nach den abgetretenen Ostgebieten auszuführen, so bleibt nach Aufrechnung dieser 140 Millionen Goldmark gegen die oben erwähnte Minderausfuhr von 269 Millionen Goldmark noch der Verlust eines Aktivpostens von 129 Millionen Goldmark bestehen. — Wir bringen demnach von der Aktivseite der Handelsbilanz 1913 in Abzug — 129 Millionen Goldmark.

Noch ungünstiger wirkt der Verlust von Elsaß-Lothringen auf die **Einfuhr** von Halb- und Fertigfabrikaten der Textilindustrie. Die französische Regierung hat auf Grund des Artikels 264 des Vertrages von Versailles mit Dekret vom 10. Januar 1920 der Deutschen Regierung bekanntgegeben, für welche Mengen von Halb- und Fertigfabrikaten der Textilindustrie sie die zollfreie Einfuhr aus dem Elsaß nach Deutschland beansprucht. Die Ziffern sollen den Mengen von Textilwaren entsprechen, die vor dem Kriege aus Elsaß-Lothringen nach den übrigen Gebieten des Deutschen Reiches geliefert worden sind. Sie stellen das Ergebnis einer Enquête dar, zu der die elsaß-lothringischen Firmen der Textilindustrie und des Textilhandels herangezogen worden sind. Auf Grund vorsichtiger Schätzungen an Hand der Durchschnittswerte aus der deutschen Einfuhrstatistik von 1913 haben wir nach den Mengenangaben in den einzelnen Positionen der Aufstellung des französischen Dekrets den Gesamtwert der Textilwaren, deren zollfreie Einfuhr aus dem Elsaß Frankreich verlangt und die ihm inzwischen auch zugestanden ist, mit einem Friedenswert von 800 Millionen Goldmark berechnet. Hiervon ist allerdings diejenige Summe abzuziehen, um die sich die deutsche Einfuhr von Textilerzeugnissen infolge des Verlustes von einem Achtel der deutschen Bevölkerung künftig vermindert. Im Jahre 1913 betrug der Wert der deutschen Einfuhr von Textilerzeugnissen 632 Millionen Goldmark. Rechnet man ⅛ hiervon, also 79 Millionen Goldmark, als Mindereinfuhr gegen die oben erwähnte Mehreinfuhr von 800 Millionen Goldmark auf, so bleiben insgesamt 721 Millionen Goldmark für Mehreinfuhr

von Textilerzeugnissen. Es sind demnach auf der **Passivseite** der deutschen Handelsbilanz von 1913 **hinzuzuzählen**

+ 721 **Millionen Goldmark.**

Von der Einwirkung des Verlustes der Textilindustrie in Eupen-Malmedy auf die Ein- und Ausfuhr von Textilwaren im Jahre 1913 haben wir hier abgesehen, weil die Textilindustrie in Eupen-Malmedy im Vergleich zu derjenigen von Elsaß-Lothringen nur geringere Bedeutung besitzt.

g) Textile Rohstoffe.

Durch den Verlust der Textilindustrie im Elsaß wird allerdings auch der Bedarf nach ausländischen Rohstoffen geringer. Wir vermindern deshalb den Wert der Einfuhr textiler Rohstoffe, der in der ursprünglichen Bilanz von 1913 mit 1434 Millionen Goldmark angesetzt war, um 20% = 287 Millionen Goldmark. Auf der Passivseite der Handelsbilanz von 1913 sind demnach abzuziehen

— 287 Millionen Goldmark.

Demgegenüber brauchen wir den Wert der Ausfuhr textiler Rohstoffe, der in der ursprünglichen Handelsbilanz von 1913 mit 224 Millionen Goldmark verzeichnet ist, nicht abzuändern, da die abgetretenen Gebiete an der Ausfuhr von textilen Rohstoffen kaum beteiligt gewesen sind.

h) Übrige Waren.

Da die Erzeugung der übrigen in der Ein- und Ausfuhrstatistik enthaltenen Waren auf das Deutsche Reich vor dem Kriege ziemlich gleichmäßig verteilt gewesen ist und eine bis ins einzelne gehende Klarstellung mit Rücksicht auf das Ziel unserer Schrift zuviel Raum einnehmen würde, so haben wir bei allen übrigen Waren entsprechend dem Bevölkerungs- und Gebietsverlust sowohl von der Einfuhr wie von der Ausfuhr

⅛ abgezogen. Dadurch wird die Passivseite der deutschen Handelsbilanz von 1913 entlastet um

— 765 Millionen Goldmark.

Durch die Abtretung der Gebiete im Osten und Westen wird auch der Wert der Ausfuhr in der Handelsbilanz von 1913 vermindert, und zwar wollen wir die Verminderung der Ausfuhr entsprechend derjenigen der Einfuhr mit ⅛ annehmen. Demnach ist von der **Aktivseite** der Handelsbilanz von 1913 ein Posten abzuziehen von **— 853 Millionen Goldmark.**

Hierzu ist zu bemerken, daß durch den Verlust der Gebiete im Osten und Westen allerdings auch alle diejenigen Lieferungen, die vor dem Kriege aus dem übriggebliebenen Deutschland nach den abgetretenen Gebieten stattgefunden haben, künftig ins Ausland gehen und demnach eine Einnahme für die Handelsbilanz zur Folge haben. Diese Mehrausfuhr wird aber dadurch ganz erheblich geschwächt, daß Deutschland infolge neuer fremder Schutzzollschranken den Absatzmarkt in den abgetretenen Gebieten zum großen Teil an fremde Industrien verlieren wird. Außerdem braucht die Mehrausfuhr nach den abgetretenen Gebieten auch deshalb hier nicht besonders in Rechnung gesetzt zu werden, weil ja auch die Mehreinfuhr aus den abgetretenen Gebieten nur bei einer geringen Anzahl von Posten in der Handelsbilanz berücksichtigt worden ist. Wir nehmen an, daß die Mehreinfuhr und die Mehrausfuhr von und nach den abgetretenen Gebieten in den hier erwähnten Waren sich ungefähr ausgeglichen haben.

i) Gold.

Da die Zahlungsbilanz von 1913 unter der Einwirkung der Bedingungen von Versailles nach den bisherigen Ausführungen schon einen erheblichen Passivsaldo aufweist, so ist mit einer weiteren Einfuhr von Gold künftig nicht mehr zu rechnen. Es liegt im Gegenteil die Tendenz vor, daß deutsches Gold nach dem Auslande abfließt, um den Überschuß der deutschen Zahlungsverpflichtungen gegenüber den deutschen Forderungen an das Ausland auszugleichen. Wir bringen infolgedessen auf der Pas-

sivseite der deutschen Handelsbilanz von 1913 entsprechend dem Werte der Goldeinfuhr in Abzug

— 377 Millionen Goldmark.

Die Ausfuhr von Gold müßte, wie schon gesagt, eigentlich höher angesetzt werden, als sie vor dem Kriege gewesen ist, und tatsächlich ist ja auch in der kurzen Zeit seit dem Waffenstillstand aus dem Goldschatz der Reichsbank 1,5 Milliarde Mark Gold nach dem Auslande ausgeführt worden. In diesem ungewöhnlichen Maßstabe kann die Goldausfuhr jedoch nicht fortgesetzt werden, weil die Größe des Goldschatzes, der heute nur noch 1 Milliarde Mark Gold umfaßt, dies einfach nicht ermöglicht. Wir nehmen an, daß die Goldausfuhr auf die Länge der Jahre nicht größer sein wird als vor dem Kriege, und lassen deshalb den in der Handelsbilanz von 1913 durch Goldausfuhr entstandenen Aktivposten in Höhe von 63 Millionen Goldmark unverändert stehen.

B. Verlust der Kolonien.

Da Deutschland durch den Vertrag von Versailles seine sämtlichen Kolonien mit 2,3 Millionen Quadratkilometer Boden und 26 Millionen Einwohnern verliert, muß es alle vor dem Kriege aus den eigenen Kolonien bezogenen Waren künftig aus dem Auslande beziehen und mit fremder Währung bezahlen, wodurch wieder die deutsche Valuta geschädigt wird. Der Wert, der **aus den deutschen Kolonien nach dem Deutschen Reiche** gelieferten Waren betrug im Jahre 1912 etwa 85 Millionen Goldmark. Nehmen wir an, daß ⅛ dieser Wareneinfuhr infolge des Bevölkerungsverlustes entbehrt werden kann, so wird die Handelsbilanz von 1913 durch den Verlust der Kolonien auf der **Passivseite mehr belastet um rund**

+ 74 Millionen Goldmark.

Abgesehen davon, gehen aber für die deutsche Handelsbilanz auf der Aktivseite auch diejenigen Werte verloren, welche die deutschen **Kolonien durch Ausfuhr** ihrer Erzeugnisse **nach fremden Staaten** für die deutsche Handelsbilanz gewonnen haben.

Gemäß dem Werte der Ausfuhr der deutschen Kolonien im Jahre 1912 nach fremden Staaten **vermindert** sich die **Aktivseite** der deutschen Handelsbilanz von 1913 um rund

— 115 Millionen Goldmark.*)

C. Zwangslieferungen.

Auf Grund des Vertrages von Versailles hat Deutschland für eine Reihe von Jahren jährlich zwangsweise an die Entente gewisse Mengen von Kohlen, von Baustoffen, Möbeln, Werkzeugen und Maschinen für den Wiederaufbau in Nordfrankreich und Belgien, ferner von chemisch-pharmazeutischen Erzeugnissen und von Schiffen abzuliefern. — Der große Schaden, der der deutschen Volkswirtschaft durch die zwangsweisen Lieferungen zugefügt wird, liegt darin, daß Deutschland diese Lieferungen nicht bezahlt bekommt, obwohl es gerade in seiner jetzigen Lage dringend ausländischer Zahlungsmittel bedarf. Der Gegenwert der Zwangslieferungen wird vielmehr nur gegen die Kriegsentschädigung angerechnet, die wir später behandeln werden, und zwar zum größten Teile sogar unter Weltmarktpreisen.

An erster Stelle hat Deutschland auf Grund der Friedensbedingungen gemäß dem Kohlenabkommen von Spa zunächst für ein halbes Jahr monatlich 2 Millionen Tonnen Steinkohlen zu liefern. Wir nehmen der Einfachheit halber hier an, daß das Kohlenabkommen von Spa mindestens ein Jahr lang läuft. Demnach hat Deutschland jährlich 24 Millionen Tonnen Steinkohle an die Entente zu liefern. Hierfür erhält es in bar nur eine Prämie von 5 Goldmark pro Tonne, die auf etwa ¾ der gesamten Lieferungen ausgezahlt werden soll und demnach für

---

*) Bemerkung: In dieser Ziffer ist die Gesamtausfuhr von Tsingtau im Betrage von 79,6 Millionen Goldmark mit enthalten, da die Reichsstatistik die Ausfuhr Tsingtaus nach Deutschland nicht besonders erkennen läßt. Rechnerisch ist es im Endergebnis ohne Belang, ob Tsingtaus Ausfuhr nach Deutschland auf der Passivseite der Zahlungsbilanz zugezählt oder auf der Aktivseite mit abgezogen wird.

die 24 Millionen Tonnen im ganzen nur 90 Millionen Goldmark beträgt.

Da der Friedenswert von 24 Millionen Tonnen Steinkohlen etwa 440 Millionen Goldmark gewesen ist, so gehen der deutschen Handelsbilanz von 1913 nach Abzug der Barprämie von 90 Millionen Goldmark durch die zwangsweisen Kohlenlieferungen 350 Millionen Goldmark verloren.

Der Wert der Zwangslieferungen an Baustoffen, Möbeln, Werkzeugen, Geräten, Maschinen usw. für den Wiederaufbau in Nordfrankreich und Belgien ist noch nicht festgelegt. Die Entente hat sich im Vertrage von Versailles das Recht gesichert, bis zu einem Drittel des Maschinenbestandes der deutschen Industrie für sich zu verlangen, wenn die deutsche Maschinenindustrie die bestellten Lieferungen nicht schnell genug ausführen kann. — Um zu irgend einem ziffernmäßigen Ergebnis zu gelangen, setzen wir den Friedenswert dieser Zwangslieferungen vorsichtigerweise nur mit ¼ Milliarde Goldmark jährlich an. Auch diese Summe geht also für die deutsche Handelsbilanz verloren, da sie nur gegen Kriegsentschädigung angerechnet wird. Außerdem soll Deutschland auf Grund des Vertrages von Versailles während der ersten drei Jahre nach Inkrafttreten des Vertrages

	Friedenswert
35 000 t Benzol	10,15 Millionen Goldmark
50 000 t Steinkohlenteer	1,5 „ „
30 000 t schwefelsaures Ammoniak .	8,1 „ „
	19,75 Millionen Goldmark

zwangsweise an die Entente liefern. Im Durchschnitt der drei ersten Jahre ergibt sich aus diesen Lieferungen ein Friedenswert von etwa 7 Millionen Goldmark, der durch Anrechnung auf die Kriegsentschädigung für die deutsche Handelsbilanz verloren geht.

Der Friedensvertrag behält ferner der Entente das Recht vor, von den bei Inkrafttreten des Vertrages in Deutschland

befindlichen Farbstoffen und chemisch-pharmazeutischen Erzeugnissen 50% und von der laufenden Produktion in diesen Erzeugnissen bis zum Jahre 1925 zwangsweise 25% für sich in Anspruch zu nehmen. Die 25% der deutschen Gesamtproduktion an Farbstoffen und chemisch-pharmazeutischen Erzeugnissen, die wir allein hier in Rechnung setzen wollen, stellen schätzungsweise einen Friedenswert von 120—130 Millionen Goldmark dar. — Demnach würden im Laufe der nächsten Jahre infolge der Zwangslieferungen von Erzeugnissen der chemisch-pharmazeutischen Industrie, deren Gegenwert auf Kriegsentschädigung verrechnet wird, der deutschen Handelsbilanz jährlich etwa 130 Millionen Goldmark verloren gehen.

Endlich soll Deutschland nach dem Vertrage von Versailles auf Anforderung der Schadensersatz-Kommission der Entente 5 Jahre lang vom Abschluß des Vertrages ab jährlich bis zu 200 000 Brutto-Tonnen Schiffsraum für die Entente bauen und kostenlos abliefern. 200 000 Brutto-Tonnen Schiffsraum mögen einen **Friedenswert** von etwa 30—35 Millionen Goldmark darstellen, die für die deutsche Handelsbilanz verloren gehen.

Wegen der laufenden Zwangslieferungen an die Entente sind also bis auf weiteres jährlich auf der Aktivseite der deutschen Handelsbilanz von 1913 auf Grund der Friedenswerte in runden Ziffern in Abzug zu bringen:

1. für Kohlen	350	Mill. Goldmk.
2. für Chemikalien insgesamt	130	„ „
3. für Zwangslieferungen zum Wiederaufbau	250	„ „
4. für Schiffsbauten	30	„ „
	760	Mill. Goldmk.

Danach stellt sich die Veränderung der deutschen Handelsbilanz von 1913 durch die Bedingungen von Versailles im ganzen folgendermaßen dar:

Veränderte Handelsbilanz 1913
in Millionen Goldmark.
(auf Grund abgerundeter Friedenswerte).

Einfuhr **Ausfuhr**

A. Wirkung der Gebietsverluste.

	Ursprünglich	Verändert		Ursprünglich	Verändert
Nahrungs- und Genußmittel:					
Aus ursprüngl. Bilanz	3 063		Aus ursprüngl. Bilanz	1 362	
Minus 1/8 wegen Bevölkerungsverlust .	383		Minus 1/5 wegen Verlust landwirtschaftl. Überschußgebiete .	254	1 108
	2 680				
Dazu Mehreinfuhr aus abgetretenen Gebieten	400	3 080			
Steinkohle:					
Aus ursprüngl. Bilanz unverändert übernommen	205	205	Aus ursprüngl. Bilanz unverändert übernommen	516	516
Eisenerz:					
Aus ursprüngl. Bilanz	227		Aus ursprüngl. Bilanz unverändert übernommen	8	8
Dazu Mehreinfuhr aus abgetretenen Gebieten	108	335			
Roheisen:					
Aus ursprüngl. Bilanz unverändert übernommen	11	11	Aus ursprüngl. Bilanz unverändert übernommen	52	52
Walzwerkerzeugnisse:					
Aus ursprüngl. Bilanz	29		Aus ursprüngl. Bilanz	603	
Davon ab wegen Gebietsverlust . . .	3	26	Minus 17% wegen Gebietsverlust . .	103	500
Textile Rohstoffe:					
Aus ursprüngl. Bilanz	1 434		Aus ursprüngl. Bilanz	224	
Minus 20% wegen Gebietsverlust . .	287	1 147	unverändert übernommen		224

	Ursprünglich	Verändert		Ursprünglich	Verändert
Übertrag:		4 804	Übertrag:		2 408
Halb- und Fertigfabrikate der Textilindustrie:					
Aus ursprüngl. Bilanz	632		Aus ursprüngl. Bilanz	1 345	
Minus $^1/_8$ wegen Bevölkerungsverlust .	79		Minus $^1/_8$ wegen Bevölkerungsverlust .	79	
	553				
Dazu Mehreinfuhr aus Elsaß-Lothring.	800	1 353			
Übrige Waren:					
Aus ursprüngl. Bilanz	6 118		Aus ursprüngl. Bilanz	6 822	
Minus $^1/_8$ wegen Bevölkerungsverlust .	765	5 353	Minus $^1/_8$ wegen Gebietsverlust . . .	853	5 969
Gold:					
Aus ursprüngl. Bilanz	377		Aus ursprüngl. Bilanz	63	
Davon ab weg. Passivität der veränderten Zahlungsbilanz .	377	—	unverändert übernommen		63
Zusammen:					
Aus ursprüngl. Bilanz	12 096		Aus ursprüngl. Bilanz	10 995	
Differenz	586	11 510	Differenz	1 339	9 656

B. Wirkung des Verlustes der Kolonien.

Bisher errechneter Einfuhrwert der veränderten Bilanz . .	11 510		Bisher errechnet. Ausfuhrwert der veränderten Bilanz . .	9 656	
dazu $^7/_8$ der Einfuhr aus deutschen Kolonien vor dem Kriege. .	74	11 584	davon ab Wert der Ausfuhr d. deutschen Kolon. vor d. Kriege	115	9 541

C. Wirkung der Zwangslieferungen.

Einfuhrwert der veränderten Bilanz 1913 bleibt durch Zwangslieferungen unberührt und beträgt endgültig		11 584	Bisher errechnet. Ausfuhrwert der veränderten Bilanz . .	9 541	
			davon ab wegen Zwangslieferungen.	760	8 781
					Endgültiger Ausfuhrwert

Das Ergebnis unserer Untersuchung zeigt folgender Vergleich:

	Handelsbilanz 1913 ursprünglich:	Handelsbilanz 1913 durch Friedensbedingungen verändert:
Wert der Einfuhr . .	12 096	11 584
Wert der Ausfuhr . .	10 995	8 781
Passivsaldo . . .	— 1 101	— 2 803

Millionen Goldmark
auf Grund der Friedenswerte.

III.

Veränderungen der Einnahmen und Ausgaben im weiteren Rahmen der Zahlungsbilanz.

1. Verlust des deutschen Eigentums im Auslande.

Deutschlands Gegner haben sich durch den Vertrag von Versailles das Recht vorbehalten, sämtliches deutsche Eigentum nicht nur in ihrem eigenen Gebiete, sondern auch in den Staaten unserer Verbündeten zu enteignen. Nehmen wir nun optimistisch an, daß nur ⅔ des Gesamtwertes des deutschen Eigentums im Auslande verloren gehen, so vermindern sich dementsprechend auch die Einkünfte hieraus, die wir auf der Aktivseite der deutschen Zahlungsbilanz von 1913 mit 500 Millionen Goldmark eingesetzt haben, um ⅔ = — 333 Millionen Goldmark.

Weitere Verluste an Einkünften entstehen der deutschen Zahlungsbilanz dadurch, daß der Vertrag von Versailles den Ententestaaten das Recht gibt, auch in den auf Grund des Friedensvertrages abgetretenen deutschen Gebieten deutsches Eigentum zu enteignen. Auf Grund dieser Bestimmung wird ja auch im Elsaß von Frankreich schon verfahren. Da es sich jedoch unserer Kenntnis entzieht, wie hoch der Wert des liquidierten deutschen Eigentums in den abgetretenen Gebieten ist, so lassen wir die verlorenen Einkünfte hieraus unberücksichtigt.

2. Verlust der ausländischen Wertpapiere in deutschem Besitz.

Deutschlands Besitz an ausländischen Wertpapieren ist schon während des Krieges um ungefähr 4 Milliarden Goldmark vermindert worden, um einen Teil derjenigen Einfuhr zu bezahlen, die Deutschland nicht durch eigene Warenausfuhr finanzieren konnte. Auch nach dem Waffenstillstande sind weiter ausländische Wertpapiere aus deutschem Besitz nach dem Auslande gegeben worden, um damit ausländische Nahrungsmittel für Deutschland zu kaufen. Ein weiterer großer Teil des deutschen Besitzes an ausländischen Wertpapieren ist heute so gut wie wertlos geworden, wie z. B. die russischen und türkischen Papiere.

Auf Grund des Vertrages von Versailles verliert Deutschland nun auch den Rest seines Besitzes an ausländischen Wertpapieren und seiner Beteiligungen nicht nur in den Ländern der feindlichen Staaten, sondern auch in denen seiner Verbündeten im Kriege und darüber hinaus in den abgetretenen Gebieten des Deutschen Reiches und der verbündeten Staaten. Wir nehmen an, daß Deutschland aus all diesen Gründen zusammen ⅔ seines gesamten Besitzes an ausländischen Wertpapieren verliert. Infolgedessen müssen wir auf der Aktivseite der Zahlungsbilanz von 1913 von den Zinsen aus ausländischen Wertpapieren in deutschem Besitz, die dort mit 725 Millionen Goldmark angegeben sind, in Abzug bringen — 480 Millionen Goldmark.

3. Verlust der deutschen Handelsflotte.

Durch den Vertrag von Versailles verliert Deutschland nahezu seine gesamte Handelsflotte für den Überseeverkehr. Es bleiben ihm nur noch die Hälfte aller deutschen Schiffe mit einem Frachtraum zwischen 1000 und 1600 Tonnen, die kaum zur Bewältigung des Küstenverkehrs ausreichen, und die Fischereiflotte. Deutschland ist also nicht einmal mehr in der Lage, seine eigenen überseeischen Frachten zu besorgen. Es ist vielmehr im Überseeverkehr fast ausnahmslos auf die Benutzung fremder Schiffe angewiesen. Da wir bei unserer Untersuchung ja von der Voraussetzung ausgehen, daß die Bedingungen von Versailles

1913 in Kraft getreten seien, so nehmen wir zunächst an, daß Deutschlands überseeischer Frachtraumbedarf entsprechend der Verminderung seiner Bevölkerung bei Inkrafttreten des Vertrages nur um ⅛ kleiner ist, als vor dem Kriege. Hätte Deutschland vor dem Kriege seine sämtlichen Frachten auf ausländischen Schiffen vorgenommen, so hätte es dafür dem Auslande jährlich etwa 825 Millionen Goldmark bezahlen müssen. Rechnet man hiervon ⅛ ab, so bleibt eine Zahlungsverpflichtung in Höhe von 720 Millionen Goldmark für Seetransporte auf ausländischen Schiffen. Der in der ursprünglichen Zahlungsbilanz von 1913 stehende Passivposten von 450 Millionen Goldmark erhöht sich also unter der Einwirkung des Vertrages von Versailles um

+ 270 Millionen Goldmark.

Wenn Deutschland infolge des Verlustes seiner Überseeflotte nicht einmal mehr die eigenen überseeischen Frachten besorgen kann, so kann es selbstverständlich auch nicht mehr für ausländische Rechnung fahren. Der in der ursprünglichen Zahlungsbilanz von 1913 für Gewinne aus Seetransporten vorgesehene Aktivposten von 375 Millionen Goldmark geht demnach vollständig verloren. — 375 Millionen Goldmark.

4. Deutschlands Zahlungsverpflichtungen an das Ausland.

Deutschlands Zahlungsverpflichtungen an das Ausland, die daraus entstehen, daß das Ausland aus seinem Eigentum in Deutschland Einkünfte bezieht und daß ihm für deutsche Wertpapiere, Darlehen usw. Zinsen bezahlt werden müssen, haben wir in der ursprünglichen Zahlungsbilanz von 1913 mit 50 Millionen Goldmark angesetzt. Diese Einnahmen werden zwar künftig wesentlich größer werden, weil das Ausland infolge des niedrigen Standes der deutschen Valuta und der Unfähigkeit Deutschlands, seine Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Auslande durch die Ausfuhr laufend zu decken, immer mehr Kapital in Deutschland anlegen wird. Da jedoch unsere Untersuchung von der Annahme ausgeht, daß die Bedingungen des

Vertrages von Versailles bereits im Jahre 1913 in Kraft getreten seien, so setzen wir hier den Passivposten von 50 Millionen Goldmark unverändert wieder ein.

5. Forderungen und Zahlungsverpflichtungen aus dem Übersee-, Eisenbahn-, Transit-, Telegraphen-, Reise- und Vermittelungsverkehr usw.

Diese Forderungen und Verpflichtungen an das Ausland haben wir in die ursprüngliche Zahlungsbilanz von 1913 nicht mit aufgenommen, da sie sich ungefähr die Wage halten und zuverlässige Schätzungen darüber fehlen. Auch aus der veränderten Zahlungsbilanz von 1913 lassen wir diesen Posten fort.

Die Veränderung der Zahlungsbilanz von 1913.

Unsere Untersuchung, die voraussetzt, daß die Bedingungen des Vertrages von Versailles von Deutschland bereits im Jahre 1913 ohne Kampf angenommen worden seien und die deutsche Volkswirtschaft in ihrer damaligen ungeschwächten Kraft getroffen haben, ergibt also auf Grund der Friedenswerte in Goldmark folgendes Bild von der veränderten Zahlungsbilanz von 1913:

Veränderte deutsche Zahlungsbilanz von 1913
in Millionen Goldmark.

Soll		Haben	
A. Ausgaben und Einnahmen aus dem Warenverkehr (Handelsbilanz)			
Wareneinfuhr . . .	11 584	Warenausfuhr (einschl. Goldausfuhr) . . .	8 781

Übertrag	11 584		8 781

B. Ausgaben und Einnahmen im weiteren Rahmen der Zahlungsbilanz.

		1. Einkünfte aus deutschem Kapital im Auslande ca. . . .	167
		2. Zinsen aus ausländischen Wertpapieren in deutschem Besitz ca.	245
3. Zahlungen an das Ausland für Seetransporte auf ausländischen Schiffen ca.	720		
4. Zahlungen an das Ausland aus den unter 1 u. 2 angeführten Gründen ca.	50		
rund Milliarden Goldmark	12,4	rund Milliarden Goldmark	9,2

Es ergibt sich demnach folgende Gegenüberstellung:

		Ausgaben	Einnahmen	Saldo
ursprüngliche Zahlungsbilanz	1913	12,6	12,6	—
veränderte „	1913	12,4	9,2	3,2

Milliarden Goldmark
auf Grund der Friedenswerte.

IV.

Beurteilung der veränderten Zahlungsbilanz von 1913.

Bei der Untersuchung über die Einwirkung des Friedensvertrages auf die deutsche Zahlungsbilanz sind wir von der

Voraussetzung ausgegangen, daß die Bedingungen von Versailles ohne vorherigen Krieg bereits im Jahre 1913 in Kraft getreten seien, als die deutsche Volkswirtschaft sich noch im Besitz ihrer ungeschwächten Kraft befand. Trotz dieser günstigen Voraussetzungen kommen wir zu dem Ergebnis, daß die Bedingungen von Versailles die deutsche Zahlungsbilanz von 1913 auf einen Passivsaldo in Höhe von 3,2 Milliarden Goldmark auf Grund der Friedenswerte herabdrücken. Wieviel schwerer müssen nun erst heute die Folgen der Bedingungen von Versailles für die deutsche Volkswirtschaft sein, da unsere günstigen Voraussetzungen in Wirklichkeit ja gar nicht zutreffen. Deutschland hat in einem 4½jährigen Kriege seine wirtschaftlichen Kräfte nahezu vollständig erschöpft. Der Krieg ist von einer Revolution abgelöst worden, welche die komplizierte Organisation der Wirtschaft in einen Zustand der Unsicherheit und Unordnung versetzt und das Ergebnis der volkswirtschaftlichen Produktion erheblich vermindert hat.

Um diesen Verhältnissen der heutigen deutschen Volkswirtschaft Rechnung zu tragen, müssen wir also das bisherige Ergebnis unserer Untersuchung nochmals gründlich nachprüfen.

Unsere veränderte Zahlungsbilanz von 1913 setzt voraus, daß Deutschland mit ungeschwächter Menschenkraft an die Erfüllung des Vertrages von Versailles herangegangen sei. In Wirklichkeit hat Deutschland aber gegenüber dem Jahre 1913 ungeheure Verluste an menschlicher Arbeitskraft erlitten.

Der Verlust eines Achtels der deutschen Bevölkerung infolge von Gebietsabtretungen ist in der veränderten Zahlungsbilanz bereits mit berücksichtigt worden. Darüber hinaus aber verliert die deutsche Volkswirtschaft zunächst Millionen von Arbeitsstunden durch den Achtstundentag. Um auf dieselbe Zahl von Arbeitsstunden zu gelangen, die vor dem Kriege in dem verkleinerten Deutschland geleistet worden sind, würde Deutschland heute infolge des Achtstundentages 3 Millionen Arbeiter mehr brauchen, als seiner Friedensbevölkerung in dem verkleinerten Gebiete entspricht. Außerdem hat das verkleinerte

Deutschland durch den Weltkrieg 1½ Millionen Tote zu beklagen. Hierbei handelt es sich um Männer der kräftigsten Jahrgänge, also um beste Arbeitskräfte. Dem steht allerdings gegenüber, daß Deutschland künftig nur noch ein stehendes Heer von 100 000 Mann halten und demnach gegenüber der Zeit vor dem Kriege etwa ½ Million junger Arbeiter für das Wirtschaftsleben frei haben wird. Trotz dieses Abzuges bleibt noch ein Verlust von 1 Million bester Arbeitskräfte bestehen. Vorläufig kommt uns dieser Verlust noch nicht in vollem Maße zum Bewußtsein, da es ja ohnehin aus anderen Gründen für große Teile der verminderten Bevölkerung an Arbeitsgelegenheit fehlt. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß dieser Verlust allein schon die Entwicklung der vollen wirtschaftlichen Leistung aus der Zeit vor dem Kriege unmöglich machen würde. Zu den 1½ Millionen Toten kommen noch Hunderttausende von **Kriegsbeschädigten** und von Kranken, die infolge des Krieges und der Hungerblockade für die Dauer ihres Lebens **minder leistungsfähig** bleiben werden. Aber auch damit ist die Schwächung der deutschen Volkskraft noch nicht vollständig dargestellt. Weite Schichten des deutschen Volkes sind heute noch unterernährt, weil Deutschland durch den Vertrag von Versailles große landwirtschaftliche **Überschußgebiete** im Osten des Reiches verloren hat und bei dem schlechten Stande seiner Valuta nicht in der Lage ist, die notwendigen Nahrungsmittel aus dem Auslande einzuführen. Aus all diesen Gründen ist es unmöglich, daß das deutsche Volk wieder auf dieselbe Arbeitsleistung kommt, die es vor dem Kriege erreicht hat. Es ist im Gegenteil anzunehmen, daß bei der Unterwertigkeit der Mark im Auslande die Nahrungsmittelzufuhr in absehbarer Zeit nicht in dem notwendigen Maße gesteigert werden kann und daß infolgedessen noch für lange Jahre hinaus Erkrankungen an Tuberkulose und anderen Volksseuchen in weiten Kreisen unseres Volkes zahlreiche Opfer fordern und eine anormal große Sterblichkeit verursachen werden.

Bei der veränderten Zahlungsbilanz von 1913 ist ferner angenommen worden, daß **die deutsche Landwirtschaft** heute noch

dieselbe Produktivkraft besitze und demnach auch künftig in demselben Maße zur Ernährung des deutschen Volkes beitragen könne wie vor dem Kriege. Dies trifft jedoch keineswegs zu. Während des Krieges ist dem Boden nicht mehr der nötige Dünger zugeführt worden. Man hat notgedrungen Raubbau treiben müssen. Der Boden ist erschöpft, die Ernteerträgnisse sind zurückgegangen, und die Viehwirtschaft hat infolge des Krieges und neuerdings infolge der Zwangslieferungen von Vieh an Frankreich und Belgien gewaltigen Schaden erlitten. Außerdem fehlt es in der Landwirtschaft an menschlichen Arbeitskräften. Um auf Friedensleistung zu kommen, müßte die deutsche Landwirtschaft noch mehr als vor dem Kriege aus dem Auslande künstlichen Dünger, Futtermittel, Ölfrüchte usw. einführen. Thomasphosphatmehl z. B., das vor dem Kriege zu Düngezwecken aus dem deutschen Lothringen bezogen worden ist, muß jetzt nach dessen Abtretung aus dem Auslande eingeführt werden. Aller Voraussicht nach wird es aber bei Aufrechterhaltung der Bedingungen von Versailles die Unterwertigkeit der Mark im Auslande von vornherein unmöglich machen, die zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion notwendige Einfuhr zu bezahlen.

Bei der Aufstellung der veränderten Zahlungsbilanz von 1913 ist angenommen worden, daß Deutschlands **Rohstoffversorgung** und seine **Warenbestände** bei Inkrafttreten der Bedingungen von Versailles so groß gewesen seien, wie sie es normaler Weise vor dem Kriege gewesen sind. Auch diese Annahme trifft nicht zu. Im Gegenteil sind während des langen Krieges alle Vorräte an Rohstoffen und Waren fast vollständig aufgebraucht worden. Nahezu alle Zweige der deutschen Industrie, ganz besonders aber diejenigen Industriezweige, die ausländische Rohstoffe verarbeiten, leiden infolgedessen unter Rohstoffmangel. Dies gilt ganz besonders für die Textilindustrie. So haben z. B. die Wollindustrie und die Baumwollindustrie wegen des Rohstoffmangels ihre Beschäftigung durchschnittlich noch nicht wieder auf 50% der Friedensbeschäftigung heben können, obwohl die volle Beschäftigung der deutschen Industrie eine der

hauptsächlichsten Vorbedingungen für den Wiederaufbau ist. Der Grund für die ungenügende Rohstoffversorgung ist vornehmlich in der Valutanot zu suchen. Infolge des Tiefstandes der Mark im Auslande geht eine volle Rohstoffversorgung über die Kapitalkraft der deutschen Industrie weit hinaus. Außerdem ist der Einkauf ausländischer Rohstoffe bei dem Schwanken der Valuta mit einem derartigen Risiko verknüpft, daß die deutsche Industrie auch deshalb ihren Bedarf an ausländischen Rohstoffen nur teilweise eindecken kann.

Aus der ungünstigen Rohstofflage bleibt der deutschen Industrie nur ein notdürftiger Ausweg, nämlich der **Lohnveredlungsverkehr mit dem Auslande**, bei dem das Ausland für seine Rechnung die Rohstoffe nach Deutschland einführt und hier im Lohne verarbeiten läßt. Für die deutsche Valuta bedeutet das zunächst eine gewisse Entlastung. Auch das Valutarisiko der deutschen Industrie wird hierdurch vermindert. Dennoch dürfen wir uns nicht darüber täuschen, daß der Lohnveredlungsverkehr für Rechnung des Auslandes **eine Erscheinung äußerster Not** ist. Mit dem Lohnveredlungsverkehr geht die geschäftliche Führung auf das Ausland über. Das Ausland kann fortan mit den für seine Rechnung in Deutschland selbst hergestellten Waren der deutschen Exportindustrie und dem deutschen Exporthandel auf dem Weltmarkte Konkurrenz machen. Außerdem ist das Lohnveredlungsgeschäft mit dem Auslande auch nicht beliebig ausdehnbar. Das Ausland wird nur dann Aufträge nach Deutschland erteilen, wenn die Verarbeitung in Deutschland billiger ist als anderwärts; denn es muß sich ein Risiko dafür berechnen, daß es seine Rohstoffe den unsicheren revolutionären Verhältnissen in Deutschland anvertraut. Die Folge davon ist, daß der deutsche Arbeiter, wenn die deutsche Industrie immer mehr auf Lohnveredlungsaufträge übergeht, immer weniger verdienen muß als die Arbeiter in den Ländern der Auftraggeber. Schließlich aber wird der ausländische Industrielle Lohnveredlungsaufträge nur dann nach Deutschland geben, wenn seine Maschinen bereits voll beschäftigt sind. — Bei rückgängiger Konjunktur auf dem Welt-

markte werden also die deutschen Maschinen zuerst stillstehen, die deutschen Arbeiter zuerst arbeitslos werden. Dagegen gibt es kein Mittel, weil die Passivität der deutschen Zahlungsbilanz und die Unterwertigkeit der Mark im Auslande eine zureichende Rohstoffbeschaffung auf eigene Rechnung nicht zulassen. Aus der geringen Ausnutzung der deutschen Maschinen ergibt sich aber noch ein weiterer großer Nachteil: Die deutsche Industrie arbeitet bei geringerer Beschäftigung mit höheren Generalunkosten und kann infolgedessen nicht konkurrieren mit der ausländischen Industrie, die ihre Maschinen voll beschäftigt und demnach nur mit geringeren Generalunkosten zu rechnen braucht. Sobald erst das in der deutschen Industrie überschüssig angelegte Kapital sich infolge der geringen Ausnutzung der Produktionsanlagen und wegen der hohen Produktionskosten längere Zeit nicht mehr verzinst und der deutsche Industrielle keine Möglichkeit mehr sieht, seine Maschinen in Zukunft wieder voll zu beschäftigen, wird er die unausgenutzten Maschinen nach dem Auslande verkaufen müssen. Der niedrige Stand der deutschen Valuta wird diese Bewegung beschleunigen, und mit den Maschinen wird für viele deutsche Arbeiter die Arbeitsgelegenheit in Deutschland verloren gehen. Hunderttausende werden auswandern müssen, und ihre Arbeitskraft wird in fremden Volkswirtschaften die Konkurrenz gegen die geschwächte deutsche Volkswirtschaft stärken.

Es ist wahrscheinlich, daß es unter diesen Umständen künftig nicht bei einer Passivität der deutschen Zahlungsbilanz von 3,2 Milliarden Goldmark auf Grund der Friedenswerte bleiben kann, sondern daß sich die Verhältnisse auf die Dauer noch schlechter gestalten.

Bei der Veränderung der deutschen Zahlungsbilanz von 1913 durch die Bedingungen von Versailles haben wir vorausgesetzt, daß die deutsche Industrie ihren Kohlenbedarf vollständig decken könne. In Wirklichkeit leidet aber die deutsche Industrie seit Beginn der Revolution unter einem **Kohlenmangel**, der es ihr unmöglich macht, auf volle Friedensleistung zu kommen. Nach dem Abkommen von Spa, das die Reichsregierung unter der

französischen Drohung mit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet hat unterschreiben müssen, soll Deutschland zunächst ein halbes Jahr lang monatlich 2 Millionen Tonnen Steinkohle an die Entente liefern. Wir nehmen der Übersichtlichkeit halber an, daß das Abkommen zunächst für ein Jahr in Kraft bleibt und demnach mit einer jährlichen Lieferung von 24 Millionen Tonnen Steinkohle zu rechnen ist. Hierdurch wird die Kohlenversorgung der deutschen Industrie, die nach der amtlichen Denkschrift über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung im vergangenen Winterhalbjahr 1919/20 nur 57% des eingeschränkten Gesamtbedarfes deckte, noch weiter um etwa 15% zurückgehen. Da Eisenbahn, Schiffahrt, Elektrizitäts- und Wasserwerke bevorzugt beliefert werden müssen, werden viele Industrien nur wenig mehr als ⅓ ihres Normalbedarfes an Kohle erhalten können. Ein großer Teil der deutschen Industrie kann also nach dem Kohlenabkommen von Spa **nur mit dem dritten Teil seiner Kraft** arbeiten. Aus dieser Überlegung geht hervor, wie ungeheuer wir uns mit den Kohlenlieferungen an die Entente selbst schädigen.

Ein weiterer sehr großer Nachteil des Kohlenabkommens von Spa liegt darin, daß wir die Kohlen **umsonst** liefern. Die 24 Millionen Tonnen Steinkohle, die in einem Jahr zu liefern sind, stellen heute auf Grund der englischen Kohlenpreise abzüglich der Frachten bis zur deutschen Grenze einen Wert von 3 Milliarden Goldmark dar. Und was gibt die Entente Deutschland für die Kohlen? In bar zunächst gar nichts. Die Kohlenlieferungen werden auf die Kriegsentschädigung angerechnet und zwar ¼ zu Weltmarktpreisen, aber die übrigen ¾ nur auf Grund der deutschen Inlandspreise, die heute nicht einmal den vierten Teil der Weltmarktpreise ausmachen. Für die Zahlungsbilanz und die Valuta ist also mit den zwangsweisen Kohlenlieferungen nichts gewonnen. Wir haben nicht einmal das Recht, uns für den Wert der gelieferten Kohlen die notwendigsten Rohstoffe zu kaufen. Das sind die beiden Hauptbestimmungen des Kohlenabkommens von Spa, an dessen Wesen fast nichts geändert wird durch die beiden Zugeständnisse.

1. einer **Barprämie** von 5 Goldmark pro Tonne für etwa ¾ der Lieferungen und
2. eines **Vorschusses** auf ¾ der vorgenommenen Kohlenlieferungen.

Die **Barprämie** von 5 Goldmark pro Tonne soll auf diejenigen Kohlenmengen von der Entente gezahlt werden, die auf dem Landwege geliefert werden. Da etwa ¾ aller Kohlenlieferungen gleich 18 Millionen Tonnen auf dem Landwege erfolgen sollen, so würden also für die 24 Millionen Tonnen Zwangskohle dem Deutschen Reiche in bar jährlich insgesamt nur 90 Millionen Goldmark gezahlt, die vornehmlich zur besseren Ernährung der Bergarbeiter verwandt werden sollen. Die 24 Millionen Tonnen Steinkohle, wofür Deutschland 90 Millionen Goldmark in bar erhält, stellen aber heute auf Grund englischer Kohlenpreise einen Wert von 3 Milliarden Goldmark dar. Für die deutsche Valuta gehen also durch das Kohlenabkommen von Spa in einem Jahre 2,9 Milliarden Goldmark oder rund 23 Milliarden Papiermark verloren. Das ist so viel, wie zur Zeit die gesamte deutsche Ausfuhr von 6 Monaten an Werten schaffen kann.

Der **Vorschuß** ist so gedacht, daß die Entente Deutschland auf die zu Lande gelieferten 18 Millionen Tonnen in Höhe der Differenzen zwischen einem festgesetzten mittleren Auslandspreis einerseits und dem deutschen Inlandspreis zuzüglich der Transportkosten bis zur deutschen Grenze und der Barprämie andererseits einen Kredit gibt. Diesen Kredit, der voraussichtlich kurzfristig sein wird, soll Deutschland mit 6% verzinsen. Deutschland kann danach auf 18 Millionen Tonnen Steinkohle einen Vorschuß von 80½ Goldmark pro Tonne gleich zusammen 1449 Millionen Goldmark bekommen. Allein die Zinsen auf diesen Vorschuß betragen zu 6% jährlich rund 89 Millionen Goldmark, würden also etwa ebenso groß sein wie die ganze Barprämie, welche die Entente Deutschland großmütig zugestanden hat. Ob Deutschland von diesem Vorschuß Nutzen haben wird, läßt sich noch nicht voraussehen. Es ist sehr leicht möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß die deutsche Valuta am Tage

der Rückzahlung der Darlehen und der Fälligkeit der Zinsen schlechter steht als zu der Zeit, da Deutschland die Vorschüsse verwerten kann. Welche großen Verluste Deutschland bei fallender Valuta aus diesen Vorschüssen drohen, kann man sich an einem Beispiel klarmachen: Wenn Deutschland die 1449 Millionen Goldmark bei einem Kurse von 160 M für ein Pfund Sterling vorgeschossen bekommt, so stellen sie einen Wert von etwa 11,6 Milliarden Papiermark dar. Steigt das englische Pfund nur von 160 M auf 180 M, so verliert Deutschland an der Schuldsumme und den Zinsen zusammen 1,5 Milliarden Papiermark. Steigt das englische Pfund auf 320 M, wie es ja im März 1920 schon gestanden hat, so verliert Deutschland an dem Vorschuß auf seine Kohlenlieferungen zuzüglich der Zinsen 12,3 Milliarden Papiermark. Das ist so viel, wie zur Zeit die gesamte deutsche Ausfuhr von 3 Monaten an Werten für die deutsche Zahlungsbilanz zu schaffen vermag. Das Kohlenabkommen von Spa stellt einen außerordentlich schweren Schlag für die deutsche Volkswirtschaft dar. Ob und wieweit es gelingen wird, das Abkommen zu erfüllen und darüber hinaus durch **Steigerung der Produktion** noch möglichst viel Kohlen für die deutsche Industrie herauszuwirtschaften, wird die Zukunft lehren. Durch **Mehransiedlung** von Arbeitern im Ruhrrevier wird man allein die notwendige Mehrförderung zunächst jedenfalls nicht erzielen können, weil der Wohnungsherstellung Baustoffmangel und Schwierigkeiten in der Kapitalbeschaffung hinderlich entgegenstehen. Im übrigen bleibt als Ausweg aus der Kohlennot nur noch der Versuch, die produktive Leistung der deutschen Bergarbeiter zu heben. Wie die Zeitungen melden, arbeiten die Bergarbeiter im Ruhrrevier zuzüglich der Überschichten schon 8 Stunden und 10 Minuten, obwohl sie noch nicht wieder auf dem alten Ernährungsstande angelangt sind. Eine Steigerung der Arbeitsleistung innerhalb der bisherigen Arbeitszeit durch verbesserte Nahrungsmittelversorgung wird auch nur in gewissen Grenzen erreichbar sein. Deshalb wird die deutsche Volkswirtschaft noch jahrelang unter der Kohlennot zu leiden haben, wenn die Kohlenbedingungen von Spa in Kraft

bleiben. Diese Kohlennot wird verhindern, daß Deutschland wieder auf seine Friedensproduktion kommt oder gar darüber hinaus diejenige Produktions- und Exportleistung erreicht, die notwendig sein würde, um die Zahlungsbilanz ins Gleichgewicht zu bringen und die Valuta zu heben.

Zu den Zweigen der deutschen Industrie, die durch die Bedingungen des Vertrages von Versailles ganz besonders schwer getroffen sind, gehören u. a. die Textilindustrie und die Eisenindustrie.

Die **Textilindustrie**, die im Jahre 1913 mit einer Ausfuhr im Werte von etwas über 1½ Milliarden Goldmark ungefähr den 7. Teil des Wertes der gesamten deutschen Ausfuhr gestellt hat, leidet ganz besonders unter Rohstoffmangel, weil sie zum weitaus größten Teil auf die Verarbeitung ausländischer Rohstoffe angewiesen ist. Da aber die Einfuhr ausländischer Rohstoffe, wie oben bereits dargestellt, infolge des Tiefstandes der **deutschen Valuta und des ungeheuren Valutarisikos** nur zu einem geringen Teil des Bedarfes erfolgen kann, so ist es der Textilindustrie bis heute noch nicht gelungen, durchschnittlich die Hälfte ihrer Friedensproduktion zu erreichen. Nach dem Kohlenabkommen von Spa ist zu befürchten, daß die Beschäftigung der Textilindustrie im Durchschnitt wieder auf ⅓ der Friedenserzeugung zurückfällt. Die Textilindustrie muß schon heute infolge ihrer geringen Beschäftigung mit höheren Generalunkosten rechnen als die ausländische Konkurrenz. Ihr Absatz im Auslande, der deshalb schon jetzt außerordentlich erschwert und vielfach unmöglich ist, wird sich infolge des Kohlenabkommens von Spa noch schwieriger gestalten. Gerade diese Industrie sieht sich nun auch auf dem Inlandsmarkt von einer billigeren ausländischen Konkurrenz bedroht. Frankreich hat nämlich auf Grund des Friedensvertrages von Deutschland das Zugeständnis verlangt und erhalten, daß es aus Elsaß-Lothringen soviel Textilwaren nach Deutschland zollfrei einführen kann, wie vor dem Kriege aus Elsaß-Lothringen nach dem übrigen Deutschland geliefert worden sind. Das entspricht aber auf Grund der Friedenspreise einer Waren-

menge im Friedenswerte von 800 Millionen Goldmark jährlich, während vor dem Kriege aus allen Ländern der Welt zusammen auf Grund der Friedenswerte jährlich nur für rund 630 Millionen Goldmark Textilwaren nach Deutschland eingeführt worden sind. Die Gefahr der elsässischen Konkurrenz liegt vor allem darin, daß die elsässische Industrie voll beschäftigt ist und deshalb mit geringeren Generalunkosten arbeiten kann wie die deutsche Industrie, und daß der deutschen Industrie nicht einmal mehr der Zollschutz gewährt wird, der vor dem Kriege üblich gewesen ist. Der deutschen Textilindustrie, die vor dem Kriege einschließlich Textilhandel 11 Millionen Deutsche ernährt hat, droht durch die Bedingungen von Versailles eine Katastrophe ähnlich derjenigen, die sie nach der Aufhebung der napoleonischen Kontinentalsperre zu Anfang des 19. Jahrhunderts erlitten hat. Am meisten ist hierdurch die Existenz des deutschen Textilarbeiters gefährdet, der vielfach künftig in Deutschland keine Arbeitsgelegenheit mehr finden wird. Daß unter solchen Verhältnissen die deutsche Textilindustrie zur notwendigen Hebung der Valuta nur wenig beitragen kann, so lange die Bedingungen von Versailles in Kraft bleiben, ergibt sich nach diesen Überlegungen von selbst.

Die deutsche **Eisenindustrie**, die vor dem Kriege aus eigenen deutschen Erzgruben den weitaus größten Teil ihrer Rohstoffe bezog, wird durch den Verlust Lothringens auf eine Stufe gestellt, mit denjenigen Zweigen der deutschen Industrie, die auf ausländische Rohstoffe angewiesen sind. Auch sie wird sich infolgedessen künftig nicht mehr voll mit Rohstoffen versorgen können. Dazu kommen auch hier, wie überall, die verderblichen Wirkungen des Kohlenabkommens von Spa. Einschränkung der Betriebe und Stillstand der Maschinen werden infolgedessen auch in der Eisenindustrie zur Dauererscheinung werden, wenn nicht der Vertrag von Versailles von Grund auf revidiert wird. Die Notlage der Eisenindustrie wird fortwirken auf alle eisenverarbeitenden Industriezweige. Welche Bedeutung das für die deutsche Zahlungsbilanz und die deutsche Valuta haben wird, geht daraus hervor, daß die Ausfuhr der deutschen Eisenindustrie

und der eisenverarbeitenden Industrien Deutschlands vor dem Kriege einen Wert von 2½ Milliarden Goldmark, also ungefähr den vierten Teil des Gesamtwertes der deutschen Ausfuhr dargestellt hat.

Angesichts der geringen Aussicht, durch Ausfuhr die deutsche Valuta zu heben, wird darauf hingewiesen, daß der Passivsaldo der deutschen Zahlungsbilanz durch Beschränkung der Einfuhr auf das Notwendigste wenigstens zu einem Teil beseitigt werden könne. Darauf ist zu erwidern, daß dieses Mittel, soweit Rohstoffeinfuhr in Frage kommt, nicht nur nichts hilft, sondern im Gegenteil schadet. Jede Beschränkung der Rohstoffeinfuhr macht die Ausfuhr der aus den Rohstoffen herstellbaren Erzeugnisse unmöglich und bedeutet deshalb den Verlust eines Aktivsaldos, der durch Wiederausfuhr von Fertigerzeugnissen für die Zahlungsbilanz gewonnen werden könnte, zumal der Wert der Fertigerzeugnisse ja größer ist als derjenige der Rohstoffe. Da vor dem Kriege die Einfuhr von Fertigerzeugnissen nur 15,3%, von Halbfertigwaren nur 10,7%, von Rohstoffen, Nahrungsmitteln und lebenden Tieren dagegen zusammen 74% des Gesamtwertes der deutschen Einfuhr dargestellt hat, so kann eine Einschränkung der deutschen Einfuhr, die doch nur bei den Fertigerzeugnissen eintreten könnte, eine wesentliche Entlastung der Zahlungsbilanz nicht bringen. Ganz abgesehen davon wird sich das Ausland aber schwerlich darauf einlassen, daß Deutschland nur Rohstoffe einführt. Es wird vielmehr mit seinen überlegenen wirtschaftlichen und machtpolitischen Mitteln darauf hinwirken, daß Deutschland möglichst viel ausländische Fertigerzeugnisse aufnimmt. Hierin wird das Ausland von weiten Kreisen des an der Einfuhr fremder Erzeugnisse interessierten deutschen Handels und durch die Gewohnheiten vieler deutscher Käufer unterstützt werden. Wir bestreiten deshalb, daß es Deutschland gelingen wird, die Einfuhr fremder Fertigerzeugnisse in nennenswertem Maße abzustoppen. Bisher wenigstens hat die deutsche Außenhandelskontrolle diese ihre wichtigste Aufgabe nicht erfüllt. Man gehe nur durch die Geschäftsstraßen und betrachte die reichen Auslagen von Südfrüchten, ausländischer

Schokolade und ausländischen Zigaretten und beobachte ferner, wieviel fremde Fabrikate seit Kriegsende nach Deutschland hereingekommen sind. Auf die Einfuhr von Textilwaren aus dem Elsaß haben wir ja bereits hingewiesen. Aber auch aus anderen Ländern sind nach der Schließung des sogenannten Loches im Westen noch Textilwaren in großem Umfange eingeführt worden. Die Einfuhr wollener Webwaren betrug z. B. nach den „Monatlichen Nachweisen über den auswärtigen Handel Deutschlands" im Monat März 1920 dem Gewichte nach 397% der Einfuhr im Monat März 1913. Von der Beschränkung der Einfuhr kann also eine irgend nennenswerte Herabminderung des Passivsaldos der deutschen Zahlungsbilanz nicht erwartet werden.

Es wird nun weiter gesagt: „Wir Deutschen müssen sparen und alle irgend entbehrlichen Erzeugnisse unserer Arbeit nach dem Auslande verkaufen". Dagegen ist zunächst zu erwidern, daß auch das Sparen seine vernünftigen Grenzen hat und daß die Gesamtleistung der deutschen Volkswirtschaft geringer wird, wenn man über die Grenzen des vernünftigen Sparens hinausgeht. Dann aber sollte man sich doch auch die Frage vorlegen: „Will das Ausland denn in großem Umfange deutsche Waren aufnehmen?" Auf den ersten Blick scheint es so, als ob das der Fall sei. Die mit dem Sturz der deutschen Valuta zu Beginn dieses Jahres zusammenhängende sogenannte Export-Hausse hat vielfach nicht nur bei Unternehmern und Arbeitern und in der deutschen Öffentlichkeit überhaupt, sondern auch in Regierungskreisen den Eindruck erweckt, als berechtige die bisherige Entwicklung des deutschen Außenhandels zu großen Hoffnungen. Nach einem Bericht der „Deutschen Konfektion" vom 26. Juni 1920 hat der Staatssekretär Professor Hirsch im Reichswirtschaftsrat erklärt, das Gleichgewicht zwischen Ein- und Ausfuhr sei bereits nahezu erreicht. Nach der Außenhandelsstatistik habe im Monat Mai 1920 eine Einfuhr im Werte von ungefähr 4 Milliarden Mark einer Ausfuhr im Werte von ebenfalls beinahe 4 Milliarden Mark gegenübergestanden.

Diese Zahlen können unmöglich stimmen. Die amtliche „Denkschrift über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wieder-

gutmachung rechnet mit einer voraussichtlichen Jahreseinfuhr im Werte von 80 Milliarden Mark für das Jahr 1920, wenn nur die unumgänglich nötigen Lebensmittel und Rohstoffe eingeführt werden, und stellt dieser Einfuhr eine voraussichtliche Jahresausfuhr im Werte von nur 35 bis 40 Milliarden Mark gegenüber. Diese Denkschrift rechnet also mit einem voraussichtlichen Passivsaldo der deutschen Handelsbilanz von 40 bis 45 Milliarden Papiermark im Jahre 1920. Die Außenhandelsstatistik, die vom Statistischen Reichsamt in den „Monatlichen Nachweisen über den auswärtigen Handel Deutschlands" veröffentlicht wird, ist zugestandenermaßen falsch und praktisch unbrauchbar, weil sie die Einfuhrwerte fast durchgängig viel zu niedrig angibt. Das zeigt sich, wenn man in der Statistik des Außenhandels von 1919 die Einfuhrwerte mit den Ausfuhrwerten vergleicht. Eigentlich müßten im Jahre 1919 die Einfuhrwerte den Ausfuhrwerten, die sich aus den Meldungen der Exporteure ergeben und demnach der Wirklichkeit entsprechen, doch wenigstens in all den Fällen gleichgekommen sein, in denen die eingeführten Waren der Qualität nach nicht geringer waren als die ausgeführten. Es muß doch berücksichtigt werden, daß Deutschland seit dem Waffenstillstand infolge des schnellen Fallens seiner Valuta vielfach unter Weltmarktpreisen nach dem Auslande verkauft hat, während es gleichzeitig ausländische Waren nur zu Weltmarktpreisen einführen konnte. Aus diesem Grunde ist ja die staatliche Außenhandelskontrolle mit der Ausfuhr-Preisprüfung eingerichtet worden. Wir haben nun eine ganze Reihe von Stichproben gemacht und festgestellt, daß die Einfuhrwerte in der Außenhandelsstatistik für das Jahr 1919 vielfach nur den 4. bis 5. Teil, ja sogar in einer ganzen Reihe von Fällen nur den 10. Teil der Ausfuhrwerte ausmachen. Um dieser Fehlerhaftigkeit der Außenhandelsstatistik, die von den Behörden zugegeben wird, Rechnung zu tragen, wird auch in amtlichen Denkschriften die Einfuhr im Jahre 1919 mit einem Wert von 50 Milliarden Mark angegeben, während die Außenhandels-Statistik nur 19 Milliarden Mark für die Einfuhr im Jahre 1919 ausweist. In der Statistik des auswärtigen Handels vom

Monat März 1920 hat sich das Verhältnis der Einfuhrwerte zu den Ausfuhrwerten sogar gegenüber der Statistik von 1919 noch verschlechtert. Für eine Reihe von Waren stehen die Einfuhrwerte, die in der Statistik von 1919 noch mit dem 4. bis 5. Teil der Ausfuhrwerte angegeben sind, in der Statistik vom Monat März 1920 mit dem 8. und 10. Teil, ja sogar mehrfach nur mit dem 20. Teil der entsprechenden Ausfuhrwerte zur gleichen Zeit. Angesichts dieser Tatsachen halten wir es für unbedingt nötig, den Wert der Einfuhr im Jahre 1919 und in den Monaten Januar bis März 1920 wenigstens mit 2½ zu multiplizieren, um zu einem ungefähr zutreffenden Bilde von der Wirklichkeit zu kommen.

Wie irreführend die amtliche Außenhandelsstatistik zur Zeit ist, zeigt folgende Übersicht, in der wir die Werte der Ausfuhr und der Einfuhr nach der amtlichen Statistik aufführen und den Ausfuhr- und Einfuhrwerten auf Grund unserer Schätzung, also nach Korrektur der statistischen Einfuhrwerte, gegenüberstellen.

	nach der amtlichen Statistik:		nach unserer Schätzung:	
Einfuhr 1919 . .	19,—	Milliarden Papiermark	47,5	Milliarden Papiermark
Ausfuhr 1919 . . .	13,3	„	13,3	„
Passivsaldo der Handelsbilanz 1919 .	5,7	„	34,2	„
Einfuhr Jan.—März 1920	15,—	„	37,5	„
Ausfuhr Jan.—März 1920	12,—	„	12,—	„
Passivsaldo der Handelsbilanz vom Januar 1920 bis zum März 1920 . . .	3,—	„	25,5	„
Passivsaldo der Handelsbilanz Januar 1919 bis März 1920	8,7	„	59,7	„

Diese Tatsachen müssen genügen, um zu zeigen, wie sehr das Gesamtbild der amtlichen Außenhandelsstatistik infolge der zu niedrigen Einfuhrwerte von der Wirklichkeit abweicht. Selbst wenn wir annehmen, daß bis zum 1. Mai 1920 schon für eine Reihe von Waren die Einfuhrwerte verbessert worden sind, so glauben wir nach dem Ergebnis unserer Nachprüfung der Statistik für den Monat März 1920 doch annehmen zu müssen, daß auch in der Statistik für den Mai 1920 der Wert der Einfuhr wenigstens noch verdoppelt werden muß, um der Wirklichkeit einigermaßen nahezukommen. Wir kommen also für den Mai 1920 zu einer Einfuhr im Werte von ungefähr 8 Milliarden Mark, die einer Ausfuhr im Werte von 4 Milliarden Mark gegenübersteht. Daraus ergibt sich für den Monat Mai 1920 ein Passivsaldo der deutschen Handelsbilanz in Höhe von 4 Milliarden Papiermark oder ½ Milliarde Goldmark. Vergleicht man den Saldo des deutschen Außenhandels im Monat Mai 1920 mit dem der veränderten Handelsbilanz von 1913, die wir oben im Abschnitt II dargestellt haben, so steht ein Passivsaldo von ½ Milliarde Goldmark im Mai 1920 einem monatlichen Passivsaldo in Höhe von ¼ Milliarde Goldmark aus unserer veränderten Handelsbilanz von 1913 gegenüber.

Während es somit keineswegs richtig ist, daß sich Einfuhr und Ausfuhr dem Werte nach im Mai 1920 schon ausgeglichen haben, so ist doch nicht zu leugnen, daß ein Ausgleich der deutschen Handelsbilanz einmal eintreten kann. Diese Aussicht ist aber keineswegs zu begrüßen, denn solange der Vertrag von Versailles besteht, kann Deutschland nur dann Einfuhr und Ausfuhr zum Ausgleich bringen, wenn es sich aus einem Industriestaat zu einem Agrarstaat zurückentwickelt. Jede erhebliche Beschränkung der deutschen Einfuhr, die zum weitaus größten Teil aus Rohstoffen bestanden hat, vergrößert nämlich die Rohstoffnot der deutschen Industrie, zwingt sie in immer größerem Umfange zum Stillstande und nimmt ihr die Möglichkeit zum Export. Ein Ausgleich der deutschen Handelsbilanz unter Aufrechterhaltung der notwendigen Einfuhr ist aber für die deutsche Volkswirtschaft unerreichbar, weil der dazu erforder-

lichen Steigerung der Ausfuhr der Verlust an Volkskraft, die Rohstoffnot infolge des Tiefstandes der deutschen Valuta, die Kohlennot, der Verlust großer Absatzgebiete und die Unmöglichkeit, neue Absatzgebiete zu gewinnen, als unüberwindliche Hindernisse im Wege stehen, solange der Vertrag von Versailles in Kraft bleibt.

Auch wenn man den bisher erreichten Wert der monatlichen Ausfuhr in Höhe von 4 Milliarden Papiermark für sich allein betrachtet, zeigt sich die schwere Schädigung des deutschen Außenhandels durch den Vertrag von Versailles. Uns liegt ein Fall vor, in dem eine Fachzeitschrift den voraussichtlichen Wert der Ausfuhr im Jahre 1920 mit rund 48 Milliarden Papiermark der deutschen Friedensausfuhr im Werte von rund 11 Milliarden Goldmark gegenüberstellt. Auf diese Weise wird einfach Goldmark mit Papiermark verglichen und gar nicht berücksichtigt, daß die Weltmarktpreise heute durchschnittlich mindestens 2½mal so hoch sind wie vor dem Kriege. Bringt man die Wertziffern für die heutige Ausfuhr mit denjenigen für die Friedensausfuhr auf dieselbe Vergleichsgrundlage, d. h., dividiert man den voraussichtlichen Ausfuhrwert von 48 Milliarden Papiermark für 1920 entsprechend der Unterwertigkeit der Papiermark gegenüber der Goldmark mit 8 und dann mit Rücksicht auf die durchschnittlich 2½fache Steigerung der Weltmarktspreise seit Kriegsbeginn noch mit 2½, so kommt man zu dem Ergebnis, daß für das Jahr 1920 eine voraussichtliche Ausfuhr im Werte von rund 2,4 Milliarden Goldmark auf Grund der Friedenswerte einer Ausfuhr im Werte von rund 11 Milliarden Goldmark im Jahre 1913 gegenüber zu stellen ist. Wir haben also heute **noch nicht den vierten Teil der deutschen Friedensausfuhr erreicht.** Und dabei enthalten die Ausfuhrziffern noch die Zwangslieferungen an die Entente, obwohl Deutschland dafür in bar gar nichts bezahlt bekommt. Die bisher erreichte Ausfuhr ist also alles andere eher als ein günstiges Ergebnis und kein Beweis für die große Kaufbereitschaft des Auslandes, die wir so dringend brauchen. Wir haben selbst in der Zeit der sogenannten Export-Hausse in

den ersten 4 Monaten dieses Jahres, als das Ausland infolge des überstürzten Fallens der Mark erhebliche Vorteile am Einkauf in Deutschland erzielen konnte, noch nicht einmal den vierten Teil der Friedensausfuhr erreicht. Wie wollen wir dann den Wert der vollen Friedensausfuhr und darüber hinaus **noch 3,2 Milliarden** Goldmark auf Grund der Friedenswerte mehr durch Ausfuhr schaffen, nachdem die Inlandspreise sich den Weltmarktspreisen angeglichen und die sogenannte Exportprämie aufgeschluckt haben? Es ist möglich, daß die deutsche Ausfuhr durch erneutes Fallen der Mark im Auslande sich wieder belebt. Aber eine solche vorübergehende Belebung des Ausfuhrgeschäftes auf Kosten der Valuta würde für die deutsche Volkswirtschaft in ihrer Gesamtheit keinen Vorteil, sondern einen neuen schweren Schlag und vielleicht den Anfang vom Ende bedeuten, denn mit jedem neuen Sturz sinkt die Kaufkraft der Mark im Inlande tiefer herab und damit rückt die Hoffnung auf eine Hebung der deutschen Valuta im Auslande weiter in unerreichbare Ferne.

Trotz dieser schlechten Aussichten hoffen weite Kreise des deutschen Volkes in ihrer Ratlosigkeit darauf, daß die Entente unser Schicksal erleichtern und bessern werde. Man scheint in Deutschland kein Verständnis dafür zu haben, daß die Ententestaaten sich selbst in schwieriger Lage befinden und man von ihnen unmöglich erwarten kann, daß sie unser Schicksal höher stellen als ihr eigenes. Hat denn die Entente in den Bedingungen von Versailles nicht deutlich genug zum deutschen Volke geredet? — Der Vertrag von Versailles nimmt dem deutschen Reiche das Eigentum seiner Angehörigen im Auslande, den deutschen Besitz an ausländischen Wertpapieren, die deutschen Beteiligungen im Auslande, die deutsche Handelsflotte und die deutschen Kolonien. Er verdrängt die Pioniere der deutschen Volkswirtschaft von ihren Vorposten im Auslande und zerstört damit die ganze Organisation des deutschen Einkaufes und des deutschen Verkaufes in der Welt.

Der Verlust der Handelsflotte trifft uns besonders schwer, weil die Seeschiffsfrachten heute auf dem Weltmarkte ungefähr

7mal so hoch sind wie vor dem Kriege, also eine 2- bis 3mal so große Erhöhung erfahren haben wie die Warenpreise auf dem Weltmarkte im Durchschnitt.

Die Bedingungen des Vertrages von Versailles beschränken sich aber nicht auf die Vernichtung des deutschen Außenhandels. Sie erzwingen darüber hinaus dem Kaufmann der Ententestaaten den Eingang nach Deutschland, indem sie zunächst einmal die großen deutschen Wasserstraßen Rhein, Elbe, Oder, Memel und Donau internationalisieren. — Außerdem zwingt der Vertrag von Versailles Deutschland, den Ententestaaten Schlepper, Boote und Material jeder Art, dessen die beteiligten alliierten und assoziierten Mächte für die Ausnützung der deutschen Flußgebiete bedürfen, unter Anrechnung auf die Kriegsentschädigung abzutreten. Ferner muß Deutschland der Tschecho-Slovakei einen Teil des Hamburger Freihafens einräumen. Danzig und Memel werden vom Deutschen Reiche abgetrennt, um Polen und Litauen auf Deutschlands Kosten Seehäfen zu geben. Schließlich muß Deutschland auf Grund des Vertrages von Versailles den alliierten und assoziierten Mächten von vornherein die Meistbegünstigung in Bezug auf Handelsvertragsbestimmungen einräumen. — Die feindlichen Staaten dagegen behalten sich vor, Deutschlands Waren bei der Einfuhr in ihre Gebiete zu differenzieren.

In der ganzen neueren Geschichte stehen diese Bedingungen, die nichts weiter bedeuten als eine Erklärung des Wirtschaftskrieges in Permanenz, einzig da. Es gehört die unübertroffene deutsche Weltfremdheit dazu, um nicht zu erkennen, daß das Ziel dieser Bedingungen und das Ziel des ganzen Krieges überhaupt die Vernichtung des deutschen Kaufmannes gewesen ist.

Wie denkt man sich denn, daß Deutschland den Passivsaldo seiner Zahlungsbilanz von mindestens 3,2 Milliarden Goldmark durch gesteigerte Ausfuhr ausgleichen soll? Deutschland hat 43 Jahre dazu gebraucht, um seit 1870 nach einem siegreichen Kriege und in einem Wirtschaftsaufschwung ohne gleichen seine Ausfuhr von rund 3 Milliarden Goldmark auf rund 11 Milliarden Goldmark im Jahre 1913 zu steigern. Und dann soll

das heutige Deutschland in seiner ganzen Gebrochenheit seine Exportleistung im Handumdrehen wieder auf Friedenshöhe bringen und darüber hinaus noch um mehr als 3 Milliarden Goldmark steigern können?

V.

Das Vertrauen des Auslandes.

Im Eingang unserer Arbeit haben wir unter den 3 Faktoren, die auf die Bewegung der Valuta Einfluß haben, an zweiter Stelle das Vertrauen des Auslandes zu Deutschlands politischer und wirtschaftlicher Lage und ihrer weiteren Entwicklung genannt. Ist Deutschlands politische und wirtschaftliche Lage dazu angetan, dieses Vertrauen des Auslandes zu wecken und zu bestärken? — Nach einem ungeheuren Aufschwung, der 1871 nach der Gründung des Deutschen Reiches einsetzte und bis zum Jahre 1914 die deutsche Volkswirtschaft zu einer ungeahnten Blüte brachte, hat Deutschland durch den verlorenen Krieg mit seinen riesigen Kraftanstrengungen, durch den Waffenstillstandsvertrag und die Bedingungen von Versailles einen Sturz erlebt, wie ihn tiefer in den letzten Jahrhunderten kein reiches Kulturvolk erlitten hat. Die ganze Tiefe des deutschen Niederganges wird man erst dann ermessen können, wenn mit der Zeit alle Bedingungen des Vertrages von Versailles in Kraft getreten sind und ihre verderbliche Wirkung längere Zeit angehalten hat.

Äußerlich kommt Deutschlands Sturz am deutlichsten dadurch zum Ausdruck, daß es sein gesamtes Heer, seine Kriegsflotte, seine Befestigungen an Land- und Seegrenzen verloren, seine Waffen auf Geheiß der siegreichen Gegner abgeliefert oder zerstört hat und nun mit einem für Kriegszwecke unbrauchbaren Söldnerheer von nur 100 000 Mann schwächer dasteht, als irgend einer der vielen neugegründeten Staaten in Europa. Ein Land, das so mit seinem Rohstoffbedarf von dem Auslande ab-

hängig ist, wie kaum ein anderes, besitzt keine kampffähige Marine mehr. Ein Land, das heute noch in seinen Grenzen die größten Industrieanlagen Kontinental-Europas besitzt, liegt vor jedem feindlichen Einmarsch ohnmächtig und offen da. Allein seit dem Juni 1919 hat die deutsche Regierung 18 000 Geschütze und 54 000 Maschinengewehre auf Befehl der Entente zerstören lassen oder abgeliefert. Seit Spa sind nach Angabe der englischen Regierung im englischen Unterhause 2577 schwere Geschütze zerstört, 5360 abgeliefert worden. An Feldgeschützen und Haubitzen wurden 15 893 zerstört und 20 057 abgeliefert. An Flugzeugen wurden seit der Konferenz von Spa bis zum 5. August 813 zerstört und 128 abgeliefert! 1,9 Millionen Gewehre, 8400 Maschinengewehre und 4000 Minenwerfer, die sich noch im Lande befinden und sich der öffentlichen Hand entzogen haben, sollen nach dem Diktat von Spa ebenfalls gesammelt und der Ablieferung oder der Zerstörung zugeführt werden. Damit nicht genug, werden auch alle Waffen- und Munitionsfabriken in Deutschland vernichtet. Seit Karthagos Untergang nennt die Weltgeschichte kein Volk, das so wie das deutsche seine Kriegs- und Handelsschiffe, Luftschiffe und Flugzeuge den Feinden ausliefert und alle seine Verteidigungsmittel und Waffen bis auf gänzlich unzureichende und zwecklose Reste auf feindliches Geheiß mit eigenen Händen zerstört hat und täglich noch weiter ausliefert und vernichtet. Machtlos steht die deutsche Regierung ihren Gegnern im Innern und den Feinden des Reiches nach außen gegenüber, obwohl gerade Revolutionsregierungen, ganz gleich welcher Parteirichtung, zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern und zur Abwehr feindlicher Eindringlinge — das zeigt neuerdings auch Rußlands Beispiel — dringend einer Wehrmacht bedürfen. Ehedem hielt das Deutsche Reich schützend seine Hand über die Auslandsdeutschen und alle, die in fernen Landen dem deutschen Außenhandel dienten. Die deutsche Flagge erweckte in allen Häfen der Welt dem deutschen Namen Achtung und Vertrauen. Heute ist sie aus Übersee verschwunden, und der deutsche Kaufmann ist im Auslande fremder Willkür schutzlos preisgegeben. Damit nicht genug, haben die Diktatfrieden von Versailles und

St. Germain 10 Millionen Deutsche, davon 6 Millionen Angehörige des Deutschen Reiches und 4 Millionen Deutsch-Österreicher, fremder Herrschaft ausgeliefert. Das Deutsche Volk hat infolgedessen im Auslande ungeheuer viel von seinem früheren Ansehen verloren. Wenn trotzdem der einzelne deutsche Unternehmer und Kaufmann im Auslande heute noch etwas gilt, so ist dieses Vertrauen begründet, soweit es auf persönlichen Eigenschaften beruht. Wir dürfen uns aber nicht im Unklaren darüber sein, daß dieses persönliche Vertrauen zum deutschen Kaufmann auf die Dauer unter dem Mißtrauen gegenüber den politischen Zuständen in Deutschland großen Schaden leidet, zumal die Fesseln staatlicher Bevormundung und die Beratungen in zahllosen Wirtschaftskollegien einen immer größeren Teil der Arbeitskraft und der Arbeitszeit des Unternehmers nutzlos aufzehren und seinen freien Willen beschränken.

Neben diesen mehr äußerlichen und weniger wägbaren Momenten wird je länger je mehr der Stand der **Reichsfinanzen** für das Vertrauen des Auslandes zu deutschen Verhältnissen und Zukunftsaussichten Bedeutung haben. Volkswirtschaft und Reichsfinanzen stehen in engsten Wechselbeziehungen. Ohne gesunde Volkswirtschaft sind keine gedeihlichen Finanzen, ohne gesunde Reichsfinanzen ist keine gedeihliche Volkswirtschaft möglich. Daß durch die Bedingungen von Versailles die Grundlagen jeder gesunden Wirtschaft in Deutschland zerstört werden, haben wir im Abschnitt IV unserer Abhandlung gezeigt. Wie steht es nun mit den Reichsfinanzen?

Nach einer Denkschrift des Reichsfinanzministers werden die Ausgaben im ordentlichen Haushalt für das Jahr 1920 mit 27,77 Milliarden Mark veranschlagt. Diesen Ausgaben stehen 27,77 Milliarden an Einnahmen gegenüber, worunter sich außer 3 Milliarden Mark aus einmaligen Steuern allerdings noch 2,9 Milliarden Mark aus Steuern befinden, die bisher noch nicht bewilligt worden sind. Ob Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Haushalt einander decken werden, erscheint demnach fraglich, umsomehr, als die Höhe der Ausgaben wegen des schwankenden Geldwertes sich nicht genau voraussehen läßt.

Dem ordentlichen Haushalte stehen im außerordentlichen Haushalte Ausgaben in Höhe von 27,6 Milliarden Mark gegenüber, wovon allein 16 Milliarden Mark auf die voraussichtlichen Fehlbeträge in den Betriebsverwaltungen des Reiches, Eisenbahn und Post, entfallen. Von dem Gesamtfinanzbedarf des Reiches für das Jahr 1920 in Höhe von 55,3 Milliarden Mark bleiben also **27,5 Milliarden Mark ungedeckt.** Womit soll dieser Fehlbetrag beseitigt werden? Die Steuern lassen sich nicht beliebig erhöhen. Es gibt eine Grenze, von der ab die Steuer einerseits die Kaufkraft der Konsumenten und andererseits die Kapitalbildung so schwächt, daß sie die gesamte Wirtschaft schädigt.

Zunächst muß das Reich zur Deckung seines Finanzbedarfes wegen der unzureichenden Steuereingänge Schatzanweisungen ausgeben. Bis zum 30. Juni 1920 haben die schwebenden Schulden des Reiches 123,8 Milliarden Mark erreicht. Dazu kommen bis zu diesem Zeitpunkt noch 91,2 Milliarden Mark Anleiheschulden. Die Gesamtschuld des Reiches hat also am 30. Juni 1920 bereits 215 Milliarden Mark betragen. Daß neue Anleihen sich nicht mehr unterbringen lassen — die Prämien-Anleihe brachte es nur auf 3334 Millionen Mark — zeigt die ungeheuere Zunahme der Schatzanweisungen. Im Juni 1920 wurden allein 11,6 Milliarden Schatzanweisungen ausgegeben gegenüber zusammen 9,7 Milliarden in den beiden Jahren 1915 und 1916 und gegenüber 10,2 Milliarden im zweiten Halbjahr 1919. Die Verschuldung des Reiches nimmt also von Monat zu Monat eine größere Geschwindigkeit an. Und wie soll dieses Tempo verlangsamt werden, wenn erst die finanziellen Verpflichtungen des Reiches aus dem Vertrag von Versailles in volle Wirksamkeit treten? Wir betrachten hier zunächst die Entschädigungspflichten des Reiches gegenüber den Reichsangehörigen aus der Liquidation deutschen Eigentums im Auslande, aus der Enteignung ausländischer Wertpapiere aus deutschem Besitz, aus der Ablieferung der deutschen Handelsflotte und des Hafenmaterials und aus den einmaligen Zwangslieferungen an die Entente. Dazu kommen dann noch die Ent-

schädigungspflichten gegenüber den deutschen Bundesstaaten aus dem Verlust staatlichen Eigentums in den abgetretenen Gebieten. Die Frage, in welcher Weise und in welchem Maße diese Entschädigungen geleistet werden sollen und ob sie schließlich in vollem Umfange vom Reiche geleistet werden können, wollen wir hier nicht berühren. Wir gehen von dem Grundgedanken aus, daß das Reich bestrebt sein muß, den durch den Vertrag von Versailles in ihrem Eigentum geschädigten Reichsangehörigen und Einzelstaaten des Deutschen Reiches eine vollwertige Entschädigung für ihre Verluste zu geben. Nur so werden z. B. die deutschen Reedereien und die Auslandsdeutschen in die Lage versetzt, die Grundlagen ihrer wirtschaftlichen Existenz wieder zu gewinnen. Eine Entschädigung, welche die Entwertung der Mark und die Steigerung der Weltmarktpreise nicht berücksichtigt, würde eine ungerechte Abbürdung der Kriegslast auf einen Kreis vom Schicksal besonders schwer getroffener deutscher Privatpersonen und Einzelstaaten bedeuten. Die aus der dargestellten Entschädigungspflicht des Reiches entstehende finanzielle Belastung ist aus folgender Übersicht zu ersehen:

Die Entschädigungsverpflichtungen des Reiches aus Vermögensverlusten.

	Friedenswert in Goldmark	Entschädigungswert in Papiermk.
1. Handelsflotte und ein Teil des Hafenmaterials	1 Milliarden	20,— Milliarden
2. ⅔ des deutschen Eigentums im Auslande . .	6,6 „	60,— „
3. Rest des deutschen Besitzes an ausländischen Wertpapieren	2,— „	12,— „
4. Kohlengruben des Saarreviers	1,— „	10,— „
5. Entschädigungsverpflichtungen aus dem Clearingverfahren	2,— „	16,— „
6. deutsche Seekabel . . .	0,066 „	0,5 „

7. Staatseigentum in abgetretenen Gebieten . . .	6,6	Milliarden	6,5	Milliarden
8. Beim Rückzug im Auslande zurückgelassenes Staats- und Heereseigentum, soweit es nicht unmittelbaren Kampfcharakter trägt . . .	7,—	„	7,—	„
9. Zwangslieferungen an Eisenbahnmaterial . .	0,750	„	1,—	„
10. sämtliche Forderungen an Deutschlands Verbündete	7,—	„	7,—	„
11. an die feindlichen Staaten zurückzuliefernde Werte, belgische Depots und Effekten	4,8	„	10,—	„
			150,—	Milliarden Papiermark.

Diese Übersicht kann keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen, auch ist die Frage, wie groß der Entschädigungswert der einzelnen Posten in Papiermark sein wird, noch durchaus strittig. Wir haben nur ein ungefähres Bild geben wollen und glauben, unter der Voraussetzung vollwertiger Entschädigung, vorsichtig geschätzt zu haben. Durch den Verlust des aufgeführten privaten und staatlichen Eigentums, das fast ausnahmslos werbendes Vermögen darstellt, wird die Produktivkraft der deutschen Volkswirtschaft sehr empfindlich geschwächt, sodaß ihre wirtschaftlichen Erträgnisse dadurch dauernd stark vermindert werden müssen. Außerdem belastet der Verlust dieser Werte infolge der Entschädigungspflicht des Reiches auch noch die Reichsfinanzen mit einer Schuldenlast von insgesamt rund 150 Milliarden Papiermark.

Aber damit sind die Schulden des Reiches noch nicht vollständig dargestellt. Das Deutsche Reich hat nach dem Vertrage

von Versailles noch Belgiens Schulden an seine Verbündeten in Höhe von 5,1 Milliarden Franken = 17 Milliarden Papiermark übernommen. Abgesehen von den oben erwähnten schwebenden und fundierten Schulden des Reiches, für die im bisherigen Haushalt bereits Mittel vorgesehen sind, und von der finanziellen Kriegsentschädigung, die wir wegen ihrer wirtschaftlichen Unhaltbarkeit hier absichtlich noch nicht behandeln, stellt sich also die Schulden-Belastung des Reiches folgendermaßen dar:

1. Fehlbetrag im Haushaltsjahr 1920	27,5	Milliarden Papiermark
2. Entschädigungsverpflichtungen für Vermögensverluste . .	150,—	„ „
3. Belgiens Schulden an seine Verbündeten	17,—	„ „
zusammen	194,5	Milliarden Papiermark.

Nimmt man an, daß diese Summe auf dem Anleihewege aufgebracht und vom Reiche mit 5% verzinst und mit 1% amortisiert wird, so ergibt sich daraus für das Reich eine jährliche Ausgabe von rund 12 Milliarden Papiermark. Da anzunehmen ist, daß für diese Entschädigungen im ordentlichen Reichshaushalt bisher noch keine erheblichen Mittel bereit gestellt worden sind, so muß der ordentliche Reichshaushalt, der im Jahre 1920 mit 27,77 Milliarden Mark abschließt, künftig noch um 12 Milliarden Mark höher sein. Dazu müssen dann höchstwahrscheinlich in den ordentlichen Haushalt der nächsten Jahre auch noch die Fehlbeträge von Eisenbahn und Post übernommen werden, die im außerordentlichen Haushalt für das Jahr 1920 mit 16 Milliarden Mark angesetzt worden sind und künftig voraussichtlich nicht kleiner ausfallen werden. Schließlich muß das Reich in den ordentlichen Haushalt auch noch diejenigen Mittel einsetzen, mit denen es die Industrie für die fortlaufenden Zwangslieferungen an Kohlen, Chemikalien, Material verschiedener Art für den Wiederaufbau in Nordfrankreich und Belgien und an Schiffsraum zu entschädigen hat. Wir haben die Zwangslieferungen im Abschnitt II unserer Arbeit auf der Aktiv-

seite der deutschen Handelsbilanz von 1913 mit 760 Milliarden Goldmark auf Grund der Friedenswerte in Abzug gebracht. Angesichts 8 facher Unterwertigkeit der Mark und der Steigerung der Warenpreise auf dem Weltmarkte gegenüber der Vorkriegszeit multiplizieren wir diese Ziffern durchschnittlich mit 16 und kommen bei dieser vorsichtigen Schätzung zu einer jährlichen Entschädigungspflicht des Reiches von rund 12 Milliarden Papiermark.

Für eine Abnahme dieser Entschädigungssummen besteht kaum irgendwelche Hoffnung, denn die deutsche Valuta wird über achtfache Unterwertigkeit hinaus sobald nicht steigen können, weil die Kaufkraft der Mark im Inlande schon zu sehr gesunken ist. Auch mit einer Verminderung der Zwangslieferungen kann, so lange der Vertrag von Versailles bestehen bleibt, nicht gerechnet werden, weil die Entente sich die Entscheidung darüber vorbehalten hat, welche Lieferungen sie zur Abtragung der Kriegsentschädigung von Deutschland fordern will.

Der zukünftige ordentliche Haushalt des Reiches stellt sich demnach voraussichtlich folgendermaßen dar:

	Milliarden Papiermark
1. ordentlicher Haushalt 1920	27,8
2. Fehlbetrag von Eisenbahn und Post	16,—
3. Entschädigungen für Vermögensverluste	12,—
4. Entschädigungen für Zwangslieferungen	12,—
zusammen:	67,8 Milliarden Papiermark.

Aus dieser Übersicht ergibt sich, daß das Steuersoll des Reiches gegenüber rund 27,8 Milliarden Papiermark im Jahre 1920, künftig jährlich fast 70 Milliarden Papiermark erreichen muß. Glaubt man wirklich, daß das deutsche Volk noch mehr als doppelt so viel Reichssteuern bezahlen kann, wie es in diesem Jahre schon aufzubringen hat? Es ist ja zu bedenken, daß zu

dieser Belastung noch die Steuern für den Sonder-Finanzbedarf von Staaten und Gemeinden hinzukommen. Kein Volk, auch nicht das reichste Volk, kann eine solche Steuerlast tragen. In Deutschland besonders aber wird jeder Versuch, eine Gesundung der Finanzen herbeizuführen, daran scheitern müssen, daß die deutsche Volkswirtschaft infolge der Bedingungen von Versailles die Grundlage ihres ehemaligen Wohlstandes verloren hat. Man denke nur an die Kohlennot, an die Rohstoffnot, an die geringe Beschäftigung der Industrie und an die schlechte Nahrungsmittelversorgung. Die im Artikel 235 des Friedensvertrages in Aussicht gestellte Einräumung von Rohstoffkrediten auf Grund der ersten Kriegsentschädigungsrate von 20 Milliarden Goldmark, die wir in Gestalt von Waren bereits geleistet haben, ist bisher nicht erfolgt und wird allem Anscheine nach von der Entente immer weiter hinausgeschoben. Man wird uns zugeben müssen, daß Deutschlands wirtschaftliche und politische Zukunft wirklich nicht vertrauenerweckend aussieht. Es kommt ja noch hinzu, daß wir nicht nur im Innern dauernd Defizitwirtschaft treiben, sondern daß auch dem Auslande gegenüber unsere Schulden in ständigem Wachsen begriffen sind.

Wir haben bereits dargestellt, wie selbst unter der Annahme äußerst günstiger Voraussetzungen die deutsche Zahlungsbilanz mit einem jährlichen Passivsaldo von 3,2 Milliarden Goldmark belastet ist, wenn man auf die finanzielle Kriegsentschädigung noch gar nicht einmal eingeht. Dieser Fehlbetrag kann zu einem Teil dadurch ausgeglichen werden, daß das Ausland seine Mehreinnahmen in Deutschland werbend anlegt. Zum anderen Teile aber bleiben die Schulden gegenüber dem Auslande eben ungedeckt. In beiden Fällen wird Deutschland an das Ausland zins- und tributpflichtig. Aus diesem Grunde wird der Passivsaldo in der deutschen Zahlungsbilanz von Jahr zu Jahr größer, wie ein Kapital, das auf Zinseszins gelegt wird.

Versucht man, sich ein Bild zu machen von den Summen, die Deutschland bis zum 30. Juni 1920 dem Auslande schon schuldet, so kommt man etwa zu folgendem Ergebnis:

Deutschland hat während des Krieges für 30 Milliarden

Goldmark Waren aus dem neutralen Auslande eingeführt, während es selbst nur für 15 Milliarden Goldmark dorthin Waren ausgeführt hat. Weitere 4 Milliarden sind durch Wertpapiere und 1 Milliarde durch Gold bezahlt worden. Es verbleiben somit noch 10 Milliarden Goldmark, die zum großen Teile ein Jahr nach Friedensschluß fällig sind. Nehmen wir an, daß es gelingt oder zum Teil schon gelungen ist, diese Schulden bei einem Valutastande von durchschnittlich 1 : 5 abzudecken, so entspricht den 10 Milliarden Goldmark ein Wert von 50 Milliarden Papiermark. Weitere erhebliche Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Auslande sind durch die Einfuhr vom Januar 1919 bis zum 30. Juni 1920 einschließlich entstanden. Die Einfuhr im Jahre 1919 hat, wenn man die Werte in der Einfuhrstatistik in der oben im Abschnitt IV besprochenen Weise erhöht, einen Wert von 47,5 Milliarden Papiermark gehabt. Dazu kommen für die Einfuhr im 1. Vierteljahr 1920 noch 37,5 Milliarden Papiermark und im 2. Vierteljahr 1920, wenn man die Angaben des Staatssekretärs Professor Hirsch als durchschnittlich zugrunde legt und mit 2 multipliziert, noch mindestens 24 Milliarden Papiermark. Außerdem sind hierzu nach einer Schätzung in der „Denkschrift über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung" noch 13 Milliarden Papiermark hinzuzuzählen für unkontrollierte Einfuhr über das besetzte Gebiet. Von diesen Zahlungsverpflichtungen aus der Einfuhr während des Krieges und nach dem Kriege sind etwa 42 Milliarden Papiermark durch Ausfuhr gedeckt, und zwar entfallen davon auf die Ausfuhr im Jahr 1919: 13,3 Milliarden Papiermark, im 1. Vierteljahr 1920: 12 Milliarden Papiermark, im 2. Vierteljahr 1920: ebenfalls 12 Milliarden Papiermark und auf die unkontrollierte Ausfuhr aus den besetzten Gebieten nach der amtlichen Schätzung in der erwähnten Denkschrift 5 Milliarden Papiermark. Schließlich sind 1½ Milliarden Goldmark aus dem Goldschatze der Reichsbank ausgeführt worden. Dadurch mögen ungefähr 12 Milliarden Papiermark an Einfuhrschulden abgedeckt worden sein.

Aus alledem ergibt sich folgende Übersicht:

	Milliarden Papiermark	
1. Wert der Einfuhrschulden aus der Kriegszeit	50,—	
2. Wert der Einfuhr im Jahre 1919 .	47,5	
3. Wert der Einfuhr Januar—März 1920	37,5	
4. Wert der Einfuhr April—Juni 1920	24,—	
5. Unkontrollierte Einfuhr . . .	13,—	172,—
6. Wert der Ausfuhr im Jahre 1919 .	13,3	
7. Wert der Ausfuhr im Jahre 1920 Januar—März	12,—	
8. Wert der Ausfuhr April—Juni 1920	12,—	
9. Goldausfuhr aus dem Schatz der Reichsbank	12,—	49,3
Ungedeckte Einfuhrschulden von Januar 1919—Juni 1920 einschließlich		122,7
		Milliarden Papiermark.

Es bestehen also aus der Einfuhr bis zum 30. Juni 1920 noch Zahlungsverpflichtungen an das Ausland in Höhe von ungefähr 122 Milliarden Papiermark. Hiervon ist wahrscheinlich ein großer Teil dadurch gedeckt worden, daß das Ausland seine Forderungen an Deutschland dazu benutzt hat, um in Deutschland Kapital werbend anzulegen oder um deutsche Wertpapiere zu kaufen. Trotzdem bleibt noch eine gewaltige Summe ungedeckter Zahlungsverpflichtungen übrig, die sich durch den laufenden Fehlbetrag der Zahlungsbilanz immer weiter vergrößern muß.

Aus diesem Grunde bleibt Deutschland gar nichts anderes übrig, als möglichst viel Einfuhr mit seinem eigenen Papier-

gelde zu bezahlen. Nach der amtlichen „Denkschrift über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung" befinden sich zur Zeit ungefähr für 25 Milliarden Mark deutsche Banknoten im Auslande, wovon 7 Milliarden Mark in den Händen der belgischen und 2 Milliarden Mark in den Händen der französischen Regierung sein sollen. Die übrigen 16 Milliarden befinden sich im freien Verkehr. Diese Tatsache scheint dafür zu sprechen, daß das Ausland großes Vertrauen in Deutschlands wirtschaftlichen und politischen Zustand und seine weitere Entwicklung setzt. Tatsächlich hat auch seit der Revolution das Ausland in großem Umfange auf ein Steigen der Mark spekuliert. Zur Zeit des Tiefstandes der Mark hat sich selbst der kleine Mann im Ausland deutsche Valuta gekauft. Solange das Ausland weiter diese Spekulation mit der Mark treibt, erscheint die Abwanderung deutscher Banknoten nach dem Auslande sogar vorteilhaft. Man muß sich aber klar darüber sein, daß diese 25 Milliarden Papiermark im Auslande eine ungeheure Gefahr für die deutsche Valuta darstellen, weil sie für das Ausland im Sinne der Valuta ja keine endgültige Zahlung bedeuten. Sobald die Meinung des Auslandes über die Fortentwicklung der Markvaluta umschlägt, sobald vor allem ausländische Großbanken oder gar die Regierungen Belgiens und Frankreichs von ihren Milliarden deutscher Banknoten große Summen auf den Markt werfen, kann die Markvaluta einen neuen reißenden Sturz erleiden. Wenn man bedenkt, daß diese ungeheure Gefahr zu der Belastung noch hinzukommt, die der Passivsaldo von 3,2 Milliarden Goldmark für die deutsche Valuta darstellt, so kann man einfach nicht verstehen, wie weite Kreise unseres Volkes auf eine Besserung unserer Valutanot durch das Vertrauen des Auslandes noch so übertriebene Hoffnungen setzen können. Bisher hat unsere Untersuchung doch nur ergeben, daß nahezu alle Vorbedingungen für eine neue Valutakatastrophe gegeben sind. Günstige Stimmungen des Auslandes können deshalb nur vorübergehende, nicht aber dauernde Steigerungen der Markkurse zur Folge haben.

VI.

Die Kaufkraft der Mark im Inlande.

Nachdem wir zunächst die Einwirkung der Zahlungsbilanz und dann den Einfluß des Vertrauens des Auslandes auf die deutsche Valuta untersucht haben, gehen wir nunmehr über zur Kaufkraft der Mark im Inlande, die wir im Eingang unserer Arbeit als den dritten Faktor genannt haben, von dem die Bewertung der Mark im Auslande abhängt. Die Wirkungen der Kaufkraft der Mark im Inlande auf ihre Bewertung im Auslande sind zweierlei Art:

1. Ist die Kaufkraft der Mark im Inlande geringer als ihrer Bewertung im Auslande entspricht, so geht für den Ausländer damit der Reiz verloren, deutsches Geld zu erwerben, weil die Preise in Deutschland über den Weltmarktpreisen liegen. Infolgedessen ist bei niedrigerer Kaufkraft im Inlande die Nachfrage nach Mark-Valuta gering, und die Markkurse im Auslande haben die Tendenz, so lange zu fallen, bis sie auf den Tiefstand der Kaufkraft der Mark im Inlande herabgesunken sind.

2. Ist die Kaufkraft der Mark höher als ihre Bewertung im Auslande, liegen also die deutschen Inlandspreise unter den Weltmarktpreisen, so steigt die Nachfrage nach Markvaluta, weil man in Deutschland billiger kaufen kann als in anderen Ländern, und damit steigen auch die Markkurse. Dieses Steigen kann aber nur so lange anhalten, bis der Valutakurs der Mark auf gleicher Höhe mit der Kaufkraft der Mark im Inlande angelangt ist.

Stellen wir uns die Frage, ob gegenwärtig in Deutschland mehr Gründe für ein Steigen der Kaufkraft sprechen als für ihr Sinken, so erinnern wir uns der Tatsache, daß gegenüber der Zeit vor dem Kriege die Produktion erheblich zurückgegangen ist, und denken andererseits an die Erscheinung, daß die Zahlungsfähigkeit der Käufer nominell um ein vielfaches größer geworden ist.

Wenn aber bei gleichbleibender Produktion die Einkommen größer werden und die umlaufenden Zahlungsmittel durch künstliche Geldschöpfung vermehrt werden, so müssen infolge der größeren gegenseitigen Konkurrenz der Käufer die Preise steigen, und die Kaufkraft der Mark muß entsprechend sinken. Hierin liegt die besondere Gefahr weiterer Lohnsteigerungen.

Nach diesen Überlegungen kommen wir zu der Überzeugung, daß auf ein Steigen der Kaufkraft der Mark infolge einer Verminderung der Einkommen und der umlaufenden Zahlungsmittel in den nächsten Jahren kaum zu hoffen ist. Im Gegenteil zeigt die bisherige Entwicklung seit Kriegsbeginn und ganz besonders seit Ausbruch der Revolution ein immer schnelleres Ansteigen der Einkommen, eine immer größere Vermehrung der Zahlungsmittel und infolgedessen eine schnelle Abnahme der Kaufkraft der Mark.

Am 30. Juni 1914 waren in Deutschland für 2,7 Milliarden Mark Banknoten u. a. Papiergeld im Umlauf. Am 30. Juni 1920 dagegen betrugen

der Banknotenumlauf	53,975 Milliarden Mark
der Umlauf von Darlehnskassenscheinen	13,633 Milliarden Mark
der Umlauf von Banknoten und Darlehnskassenscheinen zusammen . .	67,6 Milliarden Mark

Am 30. Juni gab es also in Deutschland 25 mal so viel Papiergeld wie vor dem Kriege. Zu dieser enormen Vermehrung des Papiergeldes kommt noch die ebenfalls gewaltige Zunahme des bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Der Abrechnungsverkehr der Reichsbank erreichte

im Juni 1914	6 170 Millionen Mark,
im Juni 1920 dagegen bereits .	57 271 Millionen Mark,

also mehr als 9mal soviel.

Seit Beginn der Revolution ist die Notenpresse vielleicht der einzige Betrieb in Deutschland gewesen, der Tag und Nacht fieberhaft gearbeitet hat und seine Leistungsfähigkeit infolge wachsender Aufträge immer weiter hat steigern müssen. Im

Jahre 1919 ist der Notenumlauf von 22,2 auf 35,7 Milliarden Mark angewachsen. Er erreichte am 30. Juni 1920 rund 54 Milliarden und am 31. August 58½ Milliarden Mark.

Demnach hat sich gegenüber dem Durchschnitt des Jahres 1919 das Tempo der Notenpresse verdreifacht, während der Goldvorrat der Reichsbank von 2,55 Milliarden Mark am 15. November 1918 auf 1,09 Milliarden Mark am 30. Juni 1920 zurückgegangen ist. Bleibt es bei einer monatlichen Mehrausgabe von 3 Milliarden Mark Banknoten — die letzte Augustwoche brachte allein 1¾ Milliarden! — so haben wir Ende 1920 für 70 Milliarden Mark Banknoten.

Für eine Besserung dieser Verhältnisse besteht keine Hoffnung, solange die Reichsfinanzen mit einer dauernden Unterbilanz belastet sind. Ganz besonders trübe werden die Aussichten, wenn man die Wechselwirkungen zwischen Reichsfinanzen und Volkswirtschaft betrachtet. Die deutsche Volkswirtschaft, die durch die Bedingungen von Versailles die wesentlichen Grundlagen ihres früheren Wohlstandes verloren hat, ist einfach nicht in der Lage, soviel Steuern aufzubringen, daß die notwendigen Ausgaben des Reiches laufend gedeckt werden können. Im Gegenteil zwingt die Notlage der deutschen Wirtschaft das Reich immer wieder dazu, mit finanziellen Mitteln helfend einzugreifen, um wenigstens die schlimmsten Schäden vorübergehend abzustellen. So muß das Reich Unterstützungen aufbringen für Hunderttausende von Arbeitern, die infolge der Kohlennot und der Rohstoffnot erwerbslos geworden sind. Es entstehen also dem Reiche Mehrausgaben zu derselben Zeit, in der die Steuerkraft der Volkswirtschaft durch Minderproduktion geschwächt wird. Ferner sieht sich das Reich genötigt, für eine bessere Ernährung des Volkes, insbesondere der industriellen Arbeiter, große Mittel bereitzustellen.

Wir erinnern dann weiter an die Baukostenzuschüsse für die Herstellung von Wohnungen und an die riesigen Entschädigungspflichten des Reiches für liquidiertes deutsches Eigentum im Auslande usw. Überall haben wir dasselbe Bild. Einnahmen, die der Volkswirtschaft verloren gegangen und mit

wirtschaftlichen Mitteln nicht zu ersetzen sind, müssen vom Reiche herbeigeschafft werden. Dem Reich bleibt infolgedessen nichts anderes übrig, als die ungeheuren Geldsummen mit Hilfe der Notenpresse künstlich zu erzeugen. Dieses Mittels haben sich infolgedessen alle Regierungen, die seit dem November 1918 einander abgelöst haben, trotz mancherlei sonstiger Meinungsverschiedenheiten ausnahmslos bedienen müssen, obwohl sich ganz gewiß alle diese Regierungen darüber klar gewesen sind, daß die Notenpresse lediglich ein Narkotikum ist, das der deutschen Volkswirtschaft nur vorübergehend über ihren Schwächezustand hinweghelfen kann. Auf die Dauer muß jedoch die fortgesetzte Wirksamkeit der Notenpresse die deutsche Volkswirtschaft immer weiter herunterbringen, weil sie die Kaufkraft der Mark im Inlande vermindert. Und wie soll dieser Abwärtsbewegung der Kaufkraft Einhalt getan werden, solange die Bedingungen von Versailles eine wesentliche Vergrößerung der deutschen Produktion unmöglich machen und die Unterbilanz der Reichsfinanzen noch vergrößern?

Man hat nun daran gedacht, die Kaufkraft der Mark und damit rückwirkend auch den Stand der deutschen Valuta bessern zu können mit Hilfe eines **Staatsbankrotts** oder durch Vornahme einer **Devalvation.** Ohne Zweifel würde der Staatsbankrott eine reinigende Wirkung haben können. Er würde einen Ausgleich der Reichsfinanzen ermöglichen und damit wenigstens die Notenpresse zum Stillstande bringen. — Aber auch der günstigste Staatsbankrott würde nichts ändern können an dem dauernden Passivsaldo der deutschen Zahlungsbilanz, der mit den Bedingungen von Versailles aus wirtschaftlichen Gründen untrennbar zusammenhängt. — Die Devalvation kann insofern förderlich wirken, als sie die großen Nachteile der Inflation beseitigen und bewirken kann, daß die Kaufkraft der Mark im Inlande steigt. Damit wäre ohne Zweifel viel erreicht — wenn nicht infolge der Friedensbedingungen der dauernde Passivsaldo in der Zahlungsbilanz bestehen bliebe, und daran vermag auch die Devalvation nichts zu ändern. — Selbst angenommen, die Kaufkraft der Mark im In-

lande würde infolge einer Devalvation wieder so groß sein wie vor dem Kriege, die Mark würde auch im Auslande wieder voll bewertet und die Reichsbank löste alle Banknoten in Gold ein, so würde doch die deutsche Valuta nach kurzer Zeit im Auslande sinken und von Monat zu Monat schneller fallen müssen, weil Deutschland infolge des Passivsaldos in seiner Zahlungsbilanz nicht in der Lage ist, alle seine Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Auslande laufend zu erfüllen. Der Goldschatz der Reichsbank würde in weniger als Jahresfrist ins Ausland abfließen, und in einigen Jahren würde Deutschland unrettbar wieder dem Valutaelend verfallen sein.

Die erste Vorbedingung dafür, der Valutanot ein Ende zu machen, ist also das Fortschaffen des Passivsaldos der deutschen Zahlungsbilanz. Das kann aber, wie wir gesehen haben, nur geschehen durch die vollständige Beseitigung der Bedingungen von Versailles.

VII.

Schluß.

So lange die Bedingungen des Vertrages von Versailles in Kraft bleiben, ist ein Aufbau der deutschen Wirtschaft unmöglich. Die Reichsfinanzen müssen unter der Last des Friedensvertrages zusammenbrechen. Wie ein unabwendbares Unheil droht in der Ferne der Staatsbankrott, und unaufhörlich und mit zunehmender Stärke geht der verderbliche Papierregen über Deutschland nieder. Der Vertrag von Versailles nimmt der deutschen Wirtschaft die Vorbedingungen zur Gesundung. Er entzieht ihr die notwendigen Rohstoffe, Kohlen und Nahrungsmittel und droht, ihre durch den Krieg schon ungeheuer geschwächte Kraft auf immer zu lähmen. So lange der Vertrag von Versailles besteht, gibt es für Deutschland keine Rettung aus seinem Valutaelend, denn unter der Last dieses Vertrages kann die deutsche Industrie nicht genug Fertigerzeugnisse im Auslande absetzen, um damit die notwendigste Einfuhr

fortlaufend bezahlen zu können. Reicht aber die Ausfuhr im laufenden Jahre nicht hin, die Einfuhr der notwendigen Rohstoffe und Nahrungsmittel zu ermöglichen, so wird sie im nächsten Jahre noch kleiner werden und noch weniger imstande sein, die Kosten der erforderlichen Einfuhr zu bestreiten. Wenn also wirklich einmal Ausfuhr und Einfuhr auf einer niedrigeren Stufe ins Gleichgewicht kommen sollten, so kann das doch nur geschehen auf Kosten derjenigen Industrien, die ausländische Rohstoffe verarbeiten. Deshalb bedeutet die Durchführung des Vertrages von Versailles für einen großen Teil derjenigen, die bisher im deutschen Industrie- und Handelsstaate für die Ausfuhr gearbeitet und von ausländischen Nahrungsmitteln gelebt haben, den Verlust ihrer wirtschaftlichen Existenz in Deutschland. Über dieses drohende Unheil dürfen wir uns nicht täuschen lassen durch den Banknoten-Regen, der seit der Revolution fast alle Kreise unseres Volkes mit Scheingewinnen überschüttet hat.

Allmählich greift auch die dunkle Ahnung immer mehr um sich, daß für viele von uns in Deutschland auf die Dauer keine wirtschaftliche Existenz mehr ist. Das merkt der Mann, der trotz des 10- bis 12 fachen Friedenslohnes kein Auskommen mehr findet für sich und die Seinen, das fühlt die Hausfrau, die bei den bescheidensten Einkäufen 50 Mark und 100 Mark im Nu ausgibt. Diese Ahnung drängt sich vor allem auch denjenigen auf, die vergeblich in ihrem Berufe Beschäftigung suchen.

Trotzdem ist unser Volk sich noch viel zu wenig klar darüber, worin der Grund seines Elendes zu suchen ist. Man sucht ihn in sozialen innerdeutschen Verhältnissen, in Gesetzgebung, Verwaltung und Verkehr, und es tobt ein Kampf aller gegen alle um die zweckmäßige Beseitigung der Mißstände, — aber über den Vertrag von Versailles, den wahren Urgrund unserer Not, ereifert man sich nicht. Die einen hoffen, daß die Entente ihre Bedingungen mildern wird, wenn sie sieht, daß Deutschland sich redlich um die Erfüllung des Vertrages bemüht; die andern glauben, Deutschland müsse die Bedingungen von Versailles hinnehmen, weil es nicht mehr die Macht besitze, sich dagegen aufzubäumen. Wieder andere, die auf dem linken Flügel der deut-

schen Arbeiterschaft zu finden sind, erklären, an den Bedingungen von Versailles uninteressiert zu sein, da diese ja doch nur die Wohlhabenden treffen.

Denen, die von der Einsicht der Entente Milderungen erhoffen, geben wir zu bedenken, wie offensichtlich die Bedingungen von Versailles auf die Vernichtung der deutschen Volkswirtschaft angelegt sind. Spricht diese planmäßige Vernichtung nicht aus allem, was in dieser Schrift über die wirtschaftlichen Wirkungen des Vertrages von Versailles in aller Kürze gesagt worden ist? Glaubt man wirklich, daß die Machthaber der Ententestaaten nicht wissen, was sie tun?

Sollte das der Fall sein, so erinnern wir zu allem Überfluß noch an die Deutschland zugemutete Kriegsentschädigung, die wir wegen ihrer wirtschaftlichen Unmöglichkeit bisher absichtlich nicht behandelt haben. Deutschland soll voraussichtlich 30 Jahre lang jährlich 3 Milliarden Goldmark oder bei dem heutigen Valutastande 24 Milliarden Papiermark als Kriegsentschädigung an die Entente leisten. Daran, daß Deutschland diese Summe 30 Jahre lang in bar bezahlt, ist nicht zu denken. Die Entente kann mit deutschen Schatzanweisungen oder mit deutschem Papiergelde ja nichts anfangen. Selbst die Abtretung von Einkünften aus deutschen Zöllen, Steuern, Eisenbahnen oder anderen Einnahmequellen des Reiches würde sie nicht befriedigen. Die Entente wird also auf der zwangsweisen Lieferung von Waren, ausländischer Valuta oder anderen Wertobjekten bestehen, die im Auslande einen sicheren wirtschaftlichen Wert besitzen. Da die bisher festgelegten Zwangslieferungen infolge ihrer geringen Anrechnung, die z. B. bei Steinkohle weit unter Weltmarktpreisen liegt, noch nicht annähernd den Wert von 3 Milliarden Goldmark ausmachen, muß mit der Forderung weiterer Zwangslieferungen gerechnet werden. Wenn die im Friedensvertrage ausdrücklich vorgesehenen Lieferungen von Kohlen, chemisch-pharmazeutischen Erzeugnissen usw. abgelaufen sind, so werden die Ententekommissionen andere Waren zur zwangsweisen Lieferung bestimmen. Jedenfalls soll Deutschland 30 Jahre lang die Last von jährlich 3 Milliarden Goldmark durch Zwangs-

lieferungen abtragen. 30 Jahre lang wird der Wert der Zwangslieferungen für die deutsche Handelsbilanz verloren gehen und den Reichshaushalt jährlich mit voraussichtlich 24 Milliarden Papiermark belasten.

Ob die Verfasser des Friedensvertrages an die Erfüllbarkeit dieser Bedingungen geglaubt haben, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls sind sie der Ansicht gewesen, daß die Kriegsentschädigung als letzte Sicherung genügt, um selbst dem gefürchteten deutschen Konkurrenten für ein Menschenalter und darüber hinaus für ein ganzes Jahrhundert einen neuen wirtschaftlichen Aufstieg unmöglich zu machen. In dieser Politik der Entente ist bisher kein Wandel eingetreten. Die Verhandlungen in Spa haben nach dem berühmten Vorbild des Karthagofriedens geendet mit der Erzwingung der deutschen Unterschrift unter Bedingungen, die unerträglich sind, weil sie der deutschen Industrie mit den Kohlenzwangslieferungen die Mittel zur Entfaltung ihrer vollen Kraft nehmen und durch die bloße Anrechnung unserer Lieferungen auf Kriegsentschädigung außerdem die Finanzierung der notwendigsten Einfuhr von Rohstoffen und Nahrungsmitteln mit Hilfe der Ausfuhr verhindern.

Werden spätere wirtschaftliche Verhandlungen wesentliche Änderungen in der Methode der Entente bringen? Glaubt man wirklich, die Unterhändler der Entente können in der kurzen Zeitspanne von Spa bis Genf ihre Denkart von Grund auf ändern? Unsere Untersuchung zeigt, daß mit Teilkonzessionen nichts geholfen ist. Deutschlands Zukunft bedarf einer vollständigen Revision des Friedensvertrages von Grund auf. Diese Revision von dem freiwilligen Entgegenkommen der Entente, deren Völker selbst unter schweren Wirtschaftsnöten leiden, zu erwarten, ist geradezu weltfremd. Jedermann kennt aus seinem Leben Beispiele von hilfebedürftigen Menschen, die von den milden Gaben anderer leben müssen, und weiß, daß deren Schicksal Armut, Erbärmlichkeit und Demütigung ist. Noch schlimmer aber ist das Schicksal der Völker, die von der Milde ihrer Gegner erträgliche Lebensbedingungen erhoffen, denn die Geschichte lehrt, daß es von Volk zu Volk kein

Erbarmen gibt. Darum dürfen wir keine Erwartungen setzen in die Einsicht unserer Gegner.

Die Hoffnungslosen aber, die sich mit dem Karthago-Schicksal abgefunden haben und es für zwecklos halten, daß wir als ein wehrloses Volk uns dagegen aufbäumen, möchten wir darauf hinweisen, daß Deutschland trotz der Vernichtung seiner militärischen Wehrmittel doch eine Waffe geblieben ist: die Macht der Idee. Die Machthaber der Entente werden auf die Dauer nicht verhindern können, daß ihre Völker, daß die ganze Welt das feierlich verheißene Selbstbestimmungsrecht der Völker auch den 10 Millionen Deutschen zugestehen, die durch die Verträge von Versailles und St. Germain fremder Herrschaft unterworfen worden sind. Voraussetzung dafür ist natürlich, daß alle Kreise unseres Volkes unermüdlich diese Idee ins Ausland tragen. Man unterschätze nicht die Macht der Idee. Voraussetzung für jeden Erfolg ist natürlich, daß unser Volk einig und opferfreudig seinen Idealen dient und daß nicht, wie bisher, mit wenigen Ausnahmen in allen Schichten jeder einzelne nur seine eigenen materiellen Interessen von einem Tag auf den andern hinüberzuretten sucht.

Das möchten wir auch denen sagen, die sich an dem Friedensvertrage für uninteressiert erklären. Es trifft nicht zu, daß der Friedensvertrag nur die Wohlhabenden belastet und sie allein etwas angeht, nicht aber die Arbeiter. Verliert der Wohlhabende sein Vermögen, so verliert der Arbeiter seine Existenz. Das zeigt sich schon heute bei dem teilweisen Stillstande der Industrie infolge der Kohlenzwangslieferungen und der Rohstoffnot. Das erfahren die vielen deutschen Seeleute, die infolge der Ablieferung der deutschen Handelsflotte auf fremden Schiffen oder sonst irgendwie Arbeit suchen müssen. Das beweist ferner eine Fahrt durch die großen deutschen Seehäfen mit ihren Tausenden von arbeitslosen Hafenarbeitern. Schließlich lehrt das aber auch schon ein Blick auf den Steuerzettel des deutschen Arbeiters. Derselbe Arbeiter, der vor dem Kriege bei einem Jahreseinkommen von 900 M. keine Staatseinkommensteuer zu zahlen brauchte, muß heute bei

10 fachen Friedenslöhnen, aber erheblich schlechterer Lebenshaltung, von seinem Einkommen von 9000 M. schon 900 M. Reichseinkommensteuer aufbringen. Und dabei muß die Steuerlast noch größer werden, wenn erst alle Bedingungen des Vertrages von Versailles verwirklicht werden. Der Arbeiter kann sich der daraus entstehenden Mehrbelastung nicht entziehen. Aber nicht nur um seine wirtschaftlichen, sondern ebenso um seine politischen Erfolge wird der deutsche Arbeiter durch den Friedensvertrag gebracht. Was nützt dem deutschen Arbeiter die republikanische Verfassung, was kann ihm ein Arbeiter als Reichspräsident helfen, wenn der Vertrag von Versailles in Kraft bleibt? In den wichtigsten Lebensfragen des deutschen Volkes entscheiden schon heute die Minister und die Kontrollkommissionen der Entente. Darum schädigt sich der deutsche Arbeiter selbst, wenn er sich für uninteressiert hält an dem Vertrage von Versailles. Die internationale Arbeiterschaft kann und wird nur dann für die Revision des Vertrages von Versailles eintreten, wenn vorher der deutsche Arbeiter sich voll und ganz dafür einsetzt.

Der Friedensvertrag wird in Deutschland noch immer zu leicht genommen. Man denkt, ein 70-Millionen-Volk könne nicht zugrunde gehen, und vergißt den Untergang kulturell hochstehender und mächtiger Völker, z. B. den Untergang des alten Ägyptens und Griechenlands, den Untergang des karthagischen Reiches und des römischen Weltreiches. Man meint in alter Überschätzung der eigenen Kräfte, das deutsche Volk, das gegen eine Welt von Feinden 4½ Jahre lang wahre Wunder der Kraft vollbracht habe, dieses Volk werde auch trotz des Vertrages von Versailles nicht zugrunde gehen. Dagegen sagen wir: Gerade wegen dieser Überspannung unserer Kräfte durch den Krieg und wegen der daraus folgenden Uninteressiertheit des einzelnen gegenüber der Not und dem Schicksal des Volksganzen, gerade deshalb ist die Gefahr des Unterganges so groß.

Wir behaupten nicht, daß alle diese düsteren Aussichten zur Wirklichkeit werden müssen. Im Gegenteil hoffen und rechnen wir damit, daß Kräfte einsetzen werden, dieses Unheil ab-

zuwenden. Voraussetzung dafür aber ist, daß unser Volk sich frei macht von gefühlsmäßigem Optimismus und dumpfem Pessimismus, und daß es seine wirkliche Lage zu erkennen sucht wie ein nüchtern abwägender Kaufmann. Diese Erkenntnis soll unsere Schrift wecken. Sie will der Einsicht dienen, daß der Ursprung aller Not in erster Linie zu suchen ist in dem Vertrage von Versailles. Es ist noch nicht alles verloren, wenn das deutsche Volk sich zu dieser Erkenntnis durchringt und die Folgerung daraus zieht, daß vor allem Arbeiter und Unternehmer, wie es das Beispiel von Stinnes und Hué in Spa gezeigt hat, vereint ihre Existenz verteidigen müssen gegen die Bedingungen von Versailles und gegen die wirtschaftliche Konkurrenz der ganzen Welt. Die Bedingungen des Friedensvertrages sind unerfüllbar, und wenn sie weiter wie bisher Schritt für Schritt erfüllt werden, müssen sie Deutschland und darüber hinaus Europa in einen Taumel des Wahnsinns versetzen. Diesen Gedanken muß jedermann an seiner Stelle nach Kräften fördern, damit über Deutschlands Grenzen hinaus alle Völker zu der Einsicht kommen, daß der Vertrag von Versailles auf die Dauer die gesamte europäische Kultur in die größte Gefahr bringt. Ohne eine vollständige Revision des Friedensvertrages ist der wirtschaftliche Wiederaufbau Europas unmöglich, denn so lange dieser Vertrag besteht, werden die Flammen endloser Bürgerkriege und Völkerkriege in Europa nicht erlöschen.

Druck von Paul Dünnhaupt, Cöthen i. Anh.

Der

Deutsche Geschichtskalender

eine lückenlose Chronik der Zeitereignisse

mit ausführlichen Sach- und Namenregistern

erscheint seit 1885

die Serie 1885—1914 I (59 Leinwandbände) kostet, solange der geringe Vorrat reicht, nur Mk. 380,—

die Serie 1900—1914 I (27 Leinwandbände) Mk. 240,—

die Serie 1914 II—1918 II, 1 (s. S. 2 des Umschlags) Mk. 508,—

Ein Probeheft (Monatsheft) und ein Halbjahrsregister unter Bezugnahme auf diese Anzeige umsonst!

Aus den Besprechungen:

Schmollers Jahrbuch:

„Deutscher Fleiß, deutsche Beharrlichkeit arbeiten hier an einem Werke, das deutschem Bedürfnis nach möglichster Objektivität und Vollständigkeit und einem unstillbaren Tatsachensinne entsprossen ist. . . .

Man sieht, es ist ein umfassendes Material zusammengetragen, sodaß eine weitreichende Belehrung des Lesers erreicht wird, und durch diesen Reichtum und die Übersichtlichkeit ist der Deutsche Geschichtskalender sicher allen ähnlichen Sammlungen weit überlegen."

Fischers Zeitschrift für Verwaltung:

„. . . Ein Buch von größtem Eindrucke. Es ist die Wucht der Tatsachen, die hier eine gewaltige Sprache reden und uns die Größe der Ereignisse erschütternd vor Augen führen. Die lapidare Form kann den Eindruck nur steigern."

Robert Horn im „Bibliothekar", Monatsschrift für Arbeiterbibliotheken:

„Ein für die Geschichtsabteilung unserer Bibliotheken, aber auch für größere Hausbüchereien ganz unentbehrliches Sammelwerk. . . . Durchaus sachlich zusammengestellt gehen die Ereignisse noch einmal an unserem geistigen Auge vorüber. Sie zu verfolgen, bildet einen eigenen Reiz. Man sollte sich diesen nicht entgehen lassen."

Dr. Talcott Williams, Direktor an der Hochschule für Journalismus an der Columbia-Universität in New-York:

„Ihr ‚Deutscher Geschichtskalender' hat mir oft Auskunft gegeben, die ich auf keinem anderen Wege erhalten konnte. Es ist einer der vielen überraschenden Beweise für die außerordentliche Organisation deutscher Betätigung auf allen Gebieten, daß Sie, trotzdem Sie von so vielem abgeschnitten sind, noch in der Lage sind, eine so bewundernswerte Chronik des Krieges zu veröffentlichen, die alle Standpunkte zur Geltung bringt."

Zwischen Waffenstillstand und Frieden

Preis Mk. 12.—

Dieses Sonderheft des „Deutschen Geschichtskalenders" entrollt ein Bild der langwierigen und schwierigen Verhandlungen, die zwischen der Annahme des Friedens von Versailles durch die deutsche Nationalversammlung und der Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls lagen. Es bringt **sämtliche Aktenstücke** über die internationalen Beziehungen Deutschlands in diesem Zeitraum. Es beginnt mit dem Protest des General Smuts gegen den Friedensvertrag (im Wortlaut), behandelt den Notenwechsel über das **Rheinland**-Abkommen, den Anschluß **Deutsch-Österreichs**, die Räumung des **Baltikums**, die **Ostseeblockade**, die **Scapa Flow**-Angelegenheit, die Proteste wegen der Behandlung des deutschen **Privateigentums**, die Kundgebungen der **Elsässer**, der **Saarbevölkerung** usw. Alles bisher veröffentlichte Material wird in wortgetreuem Abdruck gegeben. Es gibt einen deutlichen Einblick in den Geist, in dem der Friede von Versailles von den siegreichen Mächten durchgeführt werden soll.

Verlag von Felix Meiner in Leipzig

Zur Arbeitslosenversicherung

Von Th. Hüpeden.

Mit einem Geleitwort von Professor Dr. Stier-Somlo

Preis 3,50 Mark.

Für Vereine, Verbände usw. von 25 Exemplaren an ermäßigte Preise

Über die für unsere Wirtschaft so wichtige Frage spricht hier ein Praktiker, dem die bisherigen Ergebnisse wissenschaftlicher Untersuchung wohl vertraut sind. Die verschiedenen Vorschläge für die Organisation werden untersucht: **Angliederung an die Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung,** an die **Krankenkassen** oder an die **Gewerkschaften.** Verfasser empfiehlt schließlich unter Hinweis darauf, daß für die Zukunft der deutschen Sozialversicherung Zusammenfassung und Vereinfachung dringendes Gebot sind, für die obere Organisation eine den Landesversicherungsanstalten angelehnte **Arbeitslosenversicherungskasse,** die ihre Beiträge durch Werterhöhung der **Invalidenmarke** miterheben läßt, während der Unterbau im engsten Zusammenhang mit der Organisation des **Arbeitsnachweises** zu stehen habe. Er behandelt dann noch ausführlich mit vielen praktischen Winken das **Beitragsverfahren,** die **Kontrolle der Arbeitslosigkeit,** den **Zwang zur Annahme nachgewiesener Arbeit,** die Entscheidung von **Streitigkeiten** und schließt mit einem Überblick über die **englischen Erfahrungen** und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Verfasser wird eingeführt durch ein Vorwort des bekannten Sozialpolitikers Professor Dr. Stier-Somlo; seine Schrift wird **Arbeitern und Unternehmern, Versicherungsbeamten und Sozialpolitikern** Stoff für gründliches Durcharbeiten des Problems bieten. Sie kann bei der Beratung des Gesetzentwurfs nicht übersehen werden.

Das erste Jahr der deutschen Revolution

Mit einer genauen Zeittafel

Von Ernst Scheiding

90 Seiten. Preis 4 Mark.

In sachlicher, objektiver Schilderung, unter Vermeidung aller Werturteile wird die Vorgeschichte der Revolution von den „Spartakus-Briefen" bis zum offenen Ausbruch und die weitere Entwicklung durch das ereignisreiche Jahr 1919 bis zum 10. Januar 1920 dargelegt. Die sich überstürzenden Ereignisse noch einmal im Zusammenhang zu überblicken, ist nicht nur interessant. Es kann lehrreich sein.

Der Friede von Versailles

Preis 3 Mark.

Diese Textausgabe des Friedensvertrags gibt in handlichem Taschenformat auf nicht auftragendem Papier den amtlichen, aber durchgesehenen und von vielfachen störenden Fehlern gereinigten Text.

Die Verfassung des deutschen Reiches

vom 11. Aug. 1919 :: Textausgabe in diplomatisch genauem Abdruck

Mit ausführlicher Inhaltsübersicht jedes Artikels und einem genauen Sachregister

Preis 2 Mark

Vorzüge dieser Ausgabe: Großer, klarer Druck. Gutes Papier. — Das Sachregister berücksichtigt auch Begriffe, die dem Wortlaut nach im Text nicht vorkommen (z. B.: Patentrecht).

Verlag von Felix Meiner in Leipzig

Druck von Carl Marquart in Leipzig.